Reinickendorf bezahlbar machen

Die Linke

Wahlprogramm von Die Linke Reinickendorf für die die Wahl zur Bezirksverordnetenversammlung 20. September 2026

Impressum
Herausgeber:
Die Linke Reinickendorf
Vierwaldstätter Weg 16
13407 Berlin

V.i.S.d.P.: Pilar Caballero Alvarez und Robert Irmscher

Telefon: 030/48620055
die-linke-reinickendorf.de
bezirk@die-linke-reinickendorf.de

A. Präambel 5
B. Soziales 6
1. Mehr Schutzplätze für Frauen und Mädchen 6
2. Das Sozialamt auskömmlich ausstatten 6
3. Starke soziale Infrastruktur 7
4. Wohnungslosigkeit 8
C. Kinder und Jugend 10
1. Verbindliche Jugend-Budgets und echte Entscheidungsmacht 10
2. Offene Kinder- und Jugendarbeit sichern und ausbauen 10
3. Beteiligung von Kindern und Jugendlichen 10
4. Jugend im öffentlichen Raum 11
5. Straßensozialarbeit und Prävention 11
6. Gesundheit und psychisches Wohlbefinden 11
D. Integration und Geflüchtete 11
1. Unterbringung von Geflüchteten 12
2. Beteiligung 12
3. Begegnung 14
E. Gegen Rechts 15
F. Kita und Schule 17
1. Kitas – gut ausgestattet und wohnortnah 17
2. Starke Schulen 18
3. Digital und gesund 20
4. Sicherer Schulweg und Gesundheit 21
G. Wirtschaft und Arbeit 21
1. Öffentlicher Dienst – Vorbild für Gute Arbeit 21
2. Lokale Wirtschaft stärken – lebendige Kieze erhalten 23
H. Stadtentwicklung und Wohnen 25
1. Mieten und Neubau 25
2. Kooperative Baulandentwicklung 26
3. Mehr Milieuschutzgebiete 27
4. Zweckentfremdungsverbot 27
5. Urban Tech Republic 28
I. Natur und Umwelt 29
1. Klimagerechtigkeitsrat und Klimaschutzvorbehalt 31
2. Starkregenfälle 31
3. Entwässerungsgräben 31
4. Sturmschäden 32

5. Prävention 32
6. Straßen- und Grünanlagenbäume 33
7. Sachgemäße Baumpflege 33
8. Invasive Arten 33
9. Aus- und Fortbildung des Personals 34
10. Müllentsorgung 34
11. Kleingartenanlagen 35
J. Queer- und Frauenpolitik 35
1. Institutionelle Gleichstellungs- und Antidiskriminierungspolitik für Geschlechtergerechtigkeit 36
2. Gewaltprävention und Gewaltschutz auf der Straße, in Parks, in der Schule und zu Hause 36
3. Gesundheitsangebote 37
4. Lohnarbeit und Care-Arbeit 38
5. Queere Menschen und Frauen in Einrichtungen für Geflüchtete. 38
6. Soziale Einrichtungen und Projekte sowie Wohnraum für Frauen 38
K. Mobilität 39
1. Fußverkehr 40
2. E-Scooter 41
3. Senior*innenmobile und Rollstühle mit Elektroantrieb 41
4. Fahrräder 42
5. Trams 44
6. Busse 44
7. U-Bahnen 44
8. S-Bahnen 45
9. Regional- und Fernbahnen 45
10. Autoverkehr 45
L. Verwaltung 46
M. Sport für alle 48
1. Breitensport als Basis stärken 48
2. Sportinfrastruktur ausbauen und öffnen 49
N. Kultur 51

A. Präambel

Für ein Reinickendorf, das allen gehört – miteinander füreinander!

Unsere Politik für Reinickendorf gründet auf einer klaren Überzeugung: Der Mensch muss im Mittelpunkt stehen. Wir wollen eine Gemeinschaft, in der das Gemeinwohl über dem Profit Einzelner steht und in der Solidarität nicht nur ein Wort ist, sondern gelebt wird. Wir treten an, um die Politik der sozialen Kälte zu überwinden und sie durch eine Politik zu ersetzen, die soziale Sicherheit, ökologische Verantwortung und starke lokale Wirtschaftskreisläufe miteinander verbindet.

Unser Kompass ist die soziale Gerechtigkeit. Wir sind davon überzeugt, dass ein funktionierendes Gemeinwesen daran zu messen ist, wie es mit seinen „schwächsten" Mitgliedern umgeht. Wir lehnen eine Haushaltspolitik ab, die soziale Infrastruktur als reinen Kostenfaktor betrachtet und sehenden Auges in Kauf nimmt, dass Menschen in Not auf der Strecke bleiben. Für uns sind Investitionen in den gesellschaftlichen Zusammenhalt – in Beratung, Betreuung, Unterstützung und Sicherheit – das Fundament eines lebenswerten Bezirks.

Unser Antrieb ist die gelebte Demokratie. Wir glauben, dass Politik besser wird, wenn sie auf Augenhöhe mit den Bürger*innen gestaltet wird. Wir wollen eine Verwaltung, die den Menschen dient, und eine Politik, die zuhört, einbezieht und befähigt. Echte Teilhabe bedeutet für uns mehr als nur die Stimmabgabe alle paar Jahre; sie bedeutet, den Menschen die Werkzeuge und die Verantwortung zu geben, ihren eigenen Kiez aktiv mitzugestalten.

Unser Fundament ist eine unmissverständliche Haltung. In einer Zeit, in der Hass, Hetze und Spaltung salonfähig gemacht werden, sind wir ein klares Bollwerk für eine offene, vielfältige und tolerante Gesellschaft. Unsere antifaschistische Grundüberzeugung ist nicht verhandelbar. Wir werden keinen Millimeter von unserer Position weichen, dass alle Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in unserem Bezirk keinen Platz haben. Die Linke ist die einzige Partei in der BVV, die nicht zulässt, dass ihre Anträge nur gemeinsam mit der AfD zu einer Mehrheit kommen. Wir stehen für die Brandmauer.

Wir stehen für pragmatische Lösungen, aber bleiben in unseren Werten prinzipienfest. Es ist Zeit, die Weichen neu zu stellen – für ein Reinickendorf, das seine Kraft aus dem Miteinander schöpft und allen ein Zuhause bietet.

Lasst uns gemeinsam einen Bezirk für alle gestalten.

Unser Ziel ist es, wieder in Fraktionsstärke in die BVV einzuziehen!

B. Soziales

Reinickendorf soll ein Bezirk sein, der niemanden zurücklässt. Die Pandemie und die multiplen Krisen der letzten Jahre haben gezeigt: Ein starker Öffentlicher Gesundheitsdienst, eine verlässliche soziale Infrastruktur, Gute Arbeit in Pflege, Bildung und Betreuung sowie echte Teilhabe für Senior*innen, Kinder, Jugendliche und Menschen mit Behinderungen sind keine Kür – sie sind Daseinsvorsorge!

Unsere Politik steht für Solidarität, Gemeinwohlorientierung und konkrete Lösungen vor Ort. Die Linke Reinickendorf fordert einen Politikwechsel, denn der CDU-SPD-Senat hat trotz einer Zuspitzung der sozialen Frage gekürzt, was wir entschieden ablehnen.

1. Mehr Schutzplätze für Frauen und Mädchen

Die Linke setzt sich für eine Stärkung der sozialen Infrastruktur ein. Menschen mit besonderen Bedarfen sind keine Kostenstellen. Mit der Partei Die Linke wird es keine Kürzungen im Sozialhaushalt geben. Zentrale Angebote müssen gesichert und ausgebaut werden. Ein solches zentrales Projekt für uns ist z. B. das Gewaltpräventionsprojekt Viola am Schäfersee, das in die Regelfinanzierung durch das Land überführt werden muss. Entschieden setzen wir uns für einen Ausbau der Schutzplätze für Mädchen und Frauen ein – hier fordern wir mindestens 50 zusätzliche Plätze.

2. Das Sozialamt auskömmlich ausstatten

Alle Bürger*innen im Bezirk müssen zeitnah die ihnen zustehenden Leistungen erhalten. Das bezirkliche Sozialamt kann dem wegen Personalmangels schon lange nicht mehr gerecht werden. Damit Menschen nicht in Existenzängste geraten, müssen alle Hebel in Bewegung gesetzt werden, um für das Sozialamt geeignetes Personal zu gewinnen, zu halten und dauerhaft zu finanzieren. Dass in den Haushaltsberatungen für 2026/27 abgesehen von der Partei Die Linke und der SPD alle anderen Parteien einen personellen Aufwuchs für das

Sozialamt verweigert haben, ist ein Grund dafür, dass wir den Haushalt ablehnen mussten.

3. Starke soziale Infrastruktur

Auf Antrag der Partei Die Linke in der BVV wurde im Jahr 2022 beschlossen, dass das Bezirksamt einen Kinder- und Jugendarmutsbericht als Grundlage für künftige umfangreiche und gezielte Maßnahmen erstellen soll. Dieser Bericht erschien im Jahr 2025 erstmals. Für Die Linke ist zentral, dass ein solcher Bericht verstetigt wird, er in der BVV künftig besprochen wird und in ganz konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung der Kinderarmut mündet. Hierfür werden wir uns in der nächsten Legislaturperiode weiterhin einsetzen.

Für Die Linke ist auch die Arbeit der Stadtteilzentren ein zentrales Anliegen. Wir werden uns in der BVV dafür einsetzen, dass die BBK Linde in der Wilhelm-Gericke-Straße ein Stadtteilzentrum wird und dann auch dauerhaft bleibt.

Reinickendorf hat nun ein Kinder- und Jugendparlament. Die Linke begrüßt das und fordert, dass die Anliegen der jungen Menschen Gehör bei der BVV finden – etwa durch gemeinsame Sitzungen von BVV und Jugendparlament.

Ebenso ist die Beteiligung der Älteren an den Entscheidungen im Bezirk wichtig. Durch das Seniorenmitwirkungsgesetz gibt es eine im Bezirk gewählte Senior*innenvertretung. Wir fordern, dass dieses Gremium mehr Einfluss auf die konkreten Senior*innen-politischen Entscheidungen im Bezirk erhält. Zudem muss es bei den entsprechenden Vorlagen des Bezirksamtes einbezogen werden. Wir fordern ebenfalls ein Rederecht der Senior*innenvertretung in der BVV z. B. nach dem Vorbild von Marzahn-Hellersdorf.

Die Integrationslots*innen, Stadtteilmütter und Kiezhelfer*innen haben auch in der Krise wieder Herausragendes geleistet und wir wollen sie personell verstärken und ins Regelsystem überführen. Alle Sozialangebote müssen langfristig abgesichert und deutlich, der Nachfrage entsprechend, ausgebaut werden.

Der von uns herbeigeführte BVV-Beschluss zur Einrichtung einer Jobcenter-Schlichtungsstelle wurde leider nicht umgesetzt. In der neuen Wahlperiode werden wir hierfür einen neuen Anlauf unternehmen.

Wir werden uns in der kommenden Legislaturperiode dafür einsetzen, dass der*die Sozialstadträt*in in Reinickendorf ein Gremium mit Akteur*innen der Zivilgesellschaft einrichtet. Dieses Gremium soll die soziale Infrastruktur weiterentwickeln, sozialraumorientierte Kooperationen und sektorübergreifende Vernetzung fördern sowie bezirkliche Projekte und Vorhaben begleiten. Zudem wollen wir, dass die bezirklichen Präventionsangebote im Bereich Schuldner*innen- und Insolvenzberatung grundsätzlich und für alle Altersgruppen förderfähig gemacht werden.

Die Linke setzt sich dafür ein, dass ein berlinweites Kataster der vorhandenen rollstuhlgerechten Wohnungen erstellt sowie eine verbindliche Quote für diese Wohnungsart im Neubau auf Landesebene eingeführt wird. Ferner sollte es kostendeckende Zuschüsse für geeignete Maßnahmen im Bestand geben. Für den öffentlichen Raum und öffentliche Gebäude sollte ebenfalls Barrierefreiheit verpflichtend werden und hierbei auch der private Sektor in die Verantwortung genommen werden.

4. Wohnungslosigkeit

Laut offiziellen Zahlen lebten 2024 insgesamt 55.656 wohnungslose Menschen in Berlin, davon 47.260 untergebracht, 6.032 ohne Unterkunft und 2.364 verdeckt wohnungslos. In der Realität ist von noch höheren Zahlen auszugehen.

In allen europäischen Großstädten beobachten wir seit Jahren, dass Menschen ohne festen Wohnsitz zunehmend aus den Innenstädten ver- und an die Ränder gedrängt werden, und dies betrifft auch Berlin und Reinickendorf. Als Bezirk tragen wir eine besondere Verantwortung für konkrete Hilfsangebote und gezielte Unterstützung.

Unser Ziel ist es, unfreiwillige Obdachlosigkeit nachhaltig zu überwinden. Uns ist bewusst, dass dies nicht von heute auf morgen gelingt. Doch es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, der wir uns stellen müssen. Als Bezirk wollen wir dafür sorgen, dass Prävention, Beratung und Begleitung Hand in Hand gehen.

Dazu gehören:

- die Entwicklung einheitlicher Qualitätsstandards für Unterkünfte nach dem Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz (ASOG) und deren konsequente Kontrolle,
- aufsuchende Hilfen für Menschen, die akut von Wohnungsverlust bedroht sind, noch in ihren Wohnungen,
- die Unterstützung und bessere Ausstattung Freier Träger, die Straßensozialarbeit leisten,
- die Förderung von niedrigschwelligen Beratungsstellen und geschützten Räumen insbesondere für Frauen und Familien.

Wir wollen niemanden im Stich lassen und ein Reinickendorf schaffen, in dem auch die „Schwächsten“ eine Perspektive haben. Wohnungslosigkeit darf nicht länger unsichtbar gemacht oder an die Ränder gedrängt werden – hierfür muss eine Lösung in der Mitte unserer Gesellschaft gefunden werden.

Tiny Houses sind ein Übergang. Sie bieten Sicherheit, Schutz vor Witterung und Würde im Alltag. Sie sind keine dauerhafte Lösung für das Problem der Wohnungslosigkeit. Aus Sicht der Partei Die Linke muss ein verantwortungsbewusster Senat solche Übergangslösungen in den Bezirken unterstützen und parallel die Voraussetzungen schaffen, um Housing First so schnell wie möglich flächendeckend umzusetzen.

Denn: Der unter Regierungsverantwortung der Partei Die Linke in Berlin vorgenommene Paradigmenwechsel zu Housing First ist nachweislich erfolgreich. Fast 90 Prozent der Menschen konnten langfristig in ihren neuen Wohnungen verbleiben. Housing First ist auch wirtschaftlich sinnvoll. Mittel, die jetzt in Housing First investiert werden, führen zu geringeren Ausgaben für Notübernachtungen, Gesundheitskosten und andere Folgekosten der Obdachlosigkeit in der Zukunft.

Die Linke im Bezirk und Land fordert, dass so schnell wie möglich Housing First zum Standard der Wohnungslosenhilfe gemacht, der bürokratische Aufwand reduziert und die bereichsübergreifende Koordination verbessert wird. Gleichzeitig müssen Doppelstrukturen abgebaut werden, um effizienter mit den knappen Ressourcen mehr Menschen zu helfen.

C. Kinder und Jugend

Die Linke Reinickendorf betrachtet Jugend als eigenständige Lebensphase, die Freiräume, Sicherheit und Unterstützung braucht. Kinder und Jugendliche sollen in unserem Bezirk Orte haben, an denen sie selbstbestimmt ihre Freizeit gestalten, sich ausprobieren und ihre Interessen vertreten können – unabhängig von sozialer Herkunft, Geschlecht, Religion oder Aufenthaltsstatus.

1. Verbindliche Jugend-Budgets und echte Entscheidungsmacht

Jugendliche brauchen nicht nur Beteiligung, sondern auch reale Gestaltungsmacht. Wir setzen uns für verbindliche Jugend-Budgets im Bezirk Reinickendorf ein.

- Feste Mittel im Bezirkshaushalt: jährlich reservierte Mittel für Projekte und Initiativen von Jugendlichen.
- Selbstverwaltete Entscheidung: Über die Verwendung entscheiden Jugendgremien – z. B. das Kinder- und Jugendparlament – verbindlich.
- Niedrigschwellig und inklusiv: transparente, einfache Verfahren, die auch marginalisierte Jugendliche erreichen.

So wird aus Alibibeteiligung echte Mitbestimmung – von Sport- und Kulturprojekten bis zu sozialen oder politischen Initiativen.

2. Offene Kinder- und Jugendarbeit sichern und ausbauen

Alle bestehenden Jugendfreizeiteinrichtungen sollen erhalten und personell so gestärkt werden, dass sie qualitativ hochwertige, kostenlose und niedrigschwellige Angebote machen können. In unterversorgten Kiezen wollen wir neue Einrichtungen schaffen. Dafür braucht es multiprofessionelle Teams, gute Arbeitsbedingungen und langfristige Verträge, um Verlässlichkeit und Vertrauensaufbau sicherzustellen.

3. Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

Das Kinder- und Jugendparlament soll ein eigenes Budget sowie Rede- und Antragsrechte in der BVV erhalten. Demokratie bedeutet Beteiligung. Damit Beteiligung nicht nur besonders Engagierte erreicht, braucht es pädagogische

Begleitung, aktive Ansprache unterschiedlicher Jugendmilieus und barrierearme Kommunikation.

4. Jugend im öffentlichen Raum

Jugend braucht gut gestaltete, sichere und gepflegte Orte – drinnen wie draußen. Wir setzen uns für eine bedarfsgerechte Ausstattung mit Spiel- und Sportflächen, Jugendtreffs, Skate- und Bikeanlagen, Bolzplätzen und Veranstaltungsorten ein. Insbesondere von Jugendlichen selbst organisierten Projekten wie dem „Mitternachtssport soll der Zugang zu Sportflächen erleichtert werden. Neue Wohngebiete und Infrastrukturprojekte müssen die Perspektive junger Menschen von Anfang an mitdenken und Beteiligung frühzeitig ermöglichen.

5. Straßensozialarbeit und Prävention

Streetwork ist zentral, um Jugendliche in belasteten Lebenslagen zu erreichen. Wir stärken und verstetigen mobile Jugendarbeit und setzen auf Prävention statt Repression. Geplante Kürzungen lehnen wir entschieden ab. Wir fordern mehr qualifizierte Fachkräfte für Straßensozialarbeit und eine enge Zusammenarbeit mit Schulen, Vereinen und Trägern.

6. Gesundheit und psychisches Wohlbefinden

Viele junge Menschen leiden unter Einsamkeit und psychischen Belastungen. Wir setzen auf niedrigschwellige, kostenfreie Beratungsangebote, den Ausbau von Jugend- und Familienberatungsstellen, kooperative Freizeit- und Kulturangebote sowie Sport als Ressource für Resilienz. Schulsozialarbeit ist auch nach Unterrichtsschluss und in den Ferien ansprechbar und arbeitet eng mit der offenen Jugendarbeit zusammen (gemeinsame Projekte, Lotsenfunktion, Prävention an Treffpunkten).

D. Integration und Geflüchtete

Reinickendorf ist vielfältig – und das ist eine Stärke. Anders als im nach rechts abgedrifteten öffentlichen Diskurs sehen wir Migration nicht als Problem,

sondern als Chance. Integration gelingt allerdings nur dort, wo gute Unterbringung, Teilhabe, Beratung, Sprache, Arbeit, Bildung und Begegnung zusammenkommen. Unser Leitbild: gleiche Rechte, gleiche Chancen, gleiche Würde – unabhängig von Herkunft und Aufenthaltsstatus. Wir stehen für eine solidarische Kommunalpolitik, die pragmatisch Probleme löst, statt Ängste zu schüren.

1. Unterbringung von Geflüchteten

Der Angriffskrieg gegen die Ukraine hat zu neuen, großen Flüchtlingsströmen auch nach Berlin geführt. Die Linke steht zu unserer humanitären Verpflichtung: offene Grenzen für Menschen in Not. Menschen, die zu uns gefunden haben, müssen durch den Staat bestmöglich aufgenommen und unterstützt werden. Hier ist viel guter Wille bei staatlichen Stellen, aber vor allem auch bei der Zivilgesellschaft zu beobachten, die vieles auffängt, wozu der Staat sich nicht in der Lage sieht – Die Linke sieht dieses Abwälzen von staatlichen Aufgaben auf die Zivilgesellschaft kritisch.

Wir wollen integrierte Wohnprojekte im gemeinwirtschaftlichen und genossenschaftlichen Bereich in Reinickendorf vorantreiben, die das gemeinsame Wohnen unabhängig von Status und Einkommen ermöglichen. Mietpolitische Forderungen wie die Vergesellschaftung großer Wohnungsunternehmen, ein bundesweiter und vollständiger Mietendeckel, ein Verbot von Mietwucher mit möblierten Wohnungen verbessern auch die Möglichkeiten, Geflüchtete dezentral und selbstbestimmt in Mietwohnungen unterzubringen.

2. Beteiligung

Akzeptanz, Respekt und Achtung der Menschenwürde sind Grundprinzipien des Umgangs miteinander. Wir stehen für eine aktive, selbstbestimmte Beteiligung von Menschen mit Migrationsgeschichte am gesellschaftlichen Leben in Reinickendorf. Deshalb tritt Die Linke für eine stärkere, transparente Partizipations- und Integrationspolitik im Bezirk ein. Dazu gehört auch die Erweiterung der interkulturellen Kompetenz in der öffentlichen Verwaltung, in Projekten, Initiativen, Vereinen, Schulen und Kindertagesstätten. Schrittweise wollen wir den Anteil von Menschen mit Migrationsgeschichte im öffentlichen Dienst auch in Reinickendorf erhöhen. Zudem fordern wir, dass auch in

Reinickendorf eine Fachberatungsstelle zur Unterstützung bei der Wohnungssuche für Geflüchtete, unabhängig vom Aufenthaltsstatus, geschaffen wird. Die unter Regierungsverantwortung der Partei Die Linke eingeführten Kinderschutzkonzepte in den Unterkünften für Geflüchtete wollen wir auch bei uns im Bezirk weiterentwickeln. Die Linke ist generell dagegen, Kinder gemäß dem Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz (ASOG) unterzubringen. Leider sieht die Realität anders aus. Das Bezirksamt muss mit allen Betreibern Kinderschutzvereinbarungen abschließen und das Kindeswohl durch eine Kooperationsvereinbarung zwischen Jugend-, Sozial- und Gesundheitsamt überwachen. Wir wollen, dass Familienhebammen in allen ASOG-Unterkünften und Unterkünften des Landesamtes für Flüchtlingsangelegenheiten und Unterbringung (LFU) regelmäßig Beratungen anbieten.

Darüber hinaus unterstützt Die Linke migrantische Selbstorganisation. Wir setzen uns dafür ein, dass Gremien wie der Migrationsbeirat gestärkt werden und die Vielfalt von Migrationserfahrungen in Reinickendorf besser abbilden.

Für alle Unterbringungsformen in Reinickendorf fordern wir ein transparentes Controlling- und Monitoring-Verfahren, um transparente und allgemeingültige Qualitätsstandards der Unterbringung in der Praxis durchzusetzen. Die unabhängige Beschwerdestelle für Geflüchtete, die in Unterkünften des LFU untergebracht sind, soll ihr Tätigkeitsfeld auch auf diejenigen Geflüchteten ausweiten, die über das Bezirksamt untergebracht werden. Das in Unterkünften für Geflüchtete und Wohnungslose beschäftigte Personal muss für die Aufgaben qualifiziert und immer tarifgerecht entlohnt werden. In allen Unterbringungseinrichtungen im Bezirk muss freies WLAN in allen Wohnbereichen etabliert werden, um das Grundrecht auf Zugang zu Informationen zu gewährleisten.

Die Erfahrung zeigt, dass Geflüchtete möglichst schnell auf eigenen Beinen stehen, ihren Lebensunterhalt selbstständig bestreiten und ihr Leben eigenständig gestalten wollen. Dabei verdienen sie die Unterstützung unserer Stadtgesellschaft, insbesondere bei der Ausbildungs- und Arbeitsplatzsuche. Diese Prozesse wollen wir durch gute Rahmenbedingungen in Bildung, Arbeit und Integration aktiv unterstützen. Unsere Gesellschaft benötigt in vielen Bereichen qualifizierte Fachkräfte, denn gerade in den nächsten Jahren werden viele Menschen in Rente gehen.

Die Linke fordert Gleichbehandlung und Chancengleichheit für alle geflüchteten Menschen. Wir setzen uns für die gesellschaftliche Teilhabe aller Geflüchteten und für eine gelebte Willkommenskultur in unserem Bezirk ein.

3. Begegnung

Begegnungen mit geflüchteten Menschen sind das beste Mittel, um Ängste und Vorurteile in der Gesellschaft abzubauen. Auf dieser Strecke leisten Akteur*innen von „Berlin entwickelt neue Nachbarschaften“ (BENN) und das ehrenamtliche Netzwerk „Willkommen in Reinickendorf“ (WiR) seit vielen Jahren eine herausragende und unverzichtbare Arbeit. Völlig inakzeptabel ist, dass der Senat das BENN-Team in Tegel-Süd weggekürzt hat. Ganz im Gegenteil sollte in der Nähe jeder Geflüchtetenunterkunft ein BENN-Team im Einsatz sein.

Die bestehenden Willkommensstrukturen müssen weiter gestärkt werden und sie müssen als gleichberechtigte Partner auf Augenhöhe frühzeitig in anstehende Entscheidungen eingebunden werden. Damit Geflüchtete einen gleichberechtigten Zugang zu Arbeit und Ausbildung erhalten, sind alle Beratungs- und Unterstützungsangebote im Bezirk auch unter erschwerten Haushaltsbedingungen zu erhalten. Um einen solidarischen und interkulturell kompetenten Umgang mit Geflüchteten zu erreichen, setzen wir uns für verpflichtende Aus- und Weiterbildungen für alle Mitarbeitenden in den zuständigen Behörden ein. Zur Stärkung der Betreuung und Beratung von besonders schutzbedürftigen Geflüchteten fordern wir, dass zusätzliche Raumkapazitäten aufgebaut werden. Das Bezirksamt muss stärker als bisher die Fachstellen des Berliner Netzwerks für besonders schutzbedürftige Geflüchtete in seine Prozesse einbinden. Weiterhin fordern wir eine gute Anbindung der Flüchtlingsunterkünfte an den ÖPNV sowie ein Sozialticket, das auch Geflüchteten zugutekommt.

Wirkungsvolle Partizipationspolitik benötigt ausreichend Ressourcen. Investitionen in diesem Bereich zu unterlassen, wird zu weitaus größeren Kosten in der Zukunft führen. Das Erlernen der deutschen Sprache ist zentral wichtig, um sich ein eigenständiges Leben aufzubauen und um Zugang zu Arbeit und Ausbildung zu finden. Bei Bedarf muss der Bezirk Reinickendorf das Land Berlin dabei unterstützen, allen, die keinen Zugang zu den Sprachkursen des Bundes haben, Sprachkurse anzubieten.

Damit Menschen mit Migrationsgeschichte schneller als bisher Zugang zu den Regelsystemen – wie z. B. zu gesundheitlicher Versorgung, zu Bürgerämtern oder zum Jobcenter – finden, wollen wir die Anzahl der Integrationslots*innen im Bezirk deutlich erhöhen.

E. Gegen Rechts

Reinickendorf ist ein vielfältiger Bezirk. In den letzten Jahren sind die Angriffe auf jüdische Menschen, auf Rom*nja und Sinti*zze und Menschen mit Migrationsgeschichte gestiegen. Nach wie vor tut der Bezirk zu wenig, um Schutz zu gewährleisten, sich kritisch mit allen Formen des Antisemitismus, Antiziganismus und Rassismus auseinanderzusetzen.

Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass endlich eine Stelle für eine Beauftragte gegen Antisemitismus und Antiziganismus geschaffen wird. Sie ist Ansprechperson für die Betroffenen und baut die Zusammenarbeit mit Vereinen, Gemeinden und Verbänden aus, um Strukturen gegen Antisemitismus und Antiziganismus im Bezirk zu stärken. Die Beauftragte wirkt zudem in die Verwaltung hinein, um sicherzustellen, dass der Grundsatz der allgemeinen Gleichheit ausnahmslos Anwendung findet.

Im Rahmen des Berichts des Berliner Antisemitismusbeauftragten vom Dezember 2021 wurden berlinweit 290 Straßen und Plätze identifiziert, deren Namen antisemitische Bezüge aufweisen, einige davon auch in unserem Bezirk. Bereits in der letzten Wahlperiode haben wir gefordert, die Kommission Gedenkorte mit der kritischen Aufarbeitung zu beauftragen – die BVV-Mehrheit hat dies abgelehnt. Wir halten an dieser Forderung fest: Die Kommission soll auf Basis des vorgelegten Berichts Straßen- und Platznamen mit antisemitischen Bezügen im Bezirk untersuchen. Diese Auseinandersetzung darf nicht losgelöst von der Zivilgesellschaft stattfinden, sondern muss gemeinsam in einem Dialogprozess in Gang gesetzt werden.

Wir stellen uns der Verantwortung, die aus der deutschen Geschichte erwächst und zu der uns humanistische Ethik verpflichtet. Wir wollen ein Reinickendorf, in dem niemand diskriminiert wird aufgrund von Herkunft, Sprache, Religion, Abstammung, sexueller oder geschlechtlicher Orientierung oder anderen Merkmalen der eigenen Identität.

Wir leben in äußerst bedrohlichen Zeiten. Die autoritäre Formierung und Faschisierung nimmt immer weiter zu, die „Grenze des Sagbaren“ wird immer

weiter verschoben, demokratische Errungenschaften und rechtsstaatliche Prinzipien werden zurückgedreht, die Schere zwischen Arm und Reich wird vergrößert, Ressentiments bewusst geschürt, um Bürger*innen gegeneinander auszuspielen. Diese Entwicklung ist weltweit zu beobachten und macht auch vor Reinickendorf nicht halt. Auch hier wird zunehmend, auch von demokratischen Parteien jenseits der extremen Rechten, auf dem Rücken marginalisierter Menschen Politik gemacht. Wenn andere Parteien versuchen, sich gegenseitig rechts zu überholen, wird Die Linke eintreten für Menschlichkeit, Toleranz und Solidarität und niemals gemeinsame Sache mit Menschenfeind*innen machen.

Antifaschismus ist ein Grundpfeiler des politischen Selbstverständnisses der Partei Die Linke. Wir stellen uns deutlich gegen die zunehmende Kriminalisierung und Repression antifaschistischer Arbeit und bringen uns auch weiterhin ein in die antifaschistische Arbeit im Bezirk und darüber hinaus. Wir solidarisieren uns mit Gruppen, Vereinen, Initiativen, Netzwerken und NGOs, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren und zunehmend Repressionen, Kürzungen und ideologischen Angriffen ausgesetzt sind. Politische Hetze gegen die Zivilgesellschaft, Willkür und Gewalt der Polizei und Rassismus in der Verwaltung werden wir auch weiterhin konsequent benennen und bekämpfen. Außerdem wird sich Die Linke kritisch damit auseinandersetzen, wie robust die demokratischen Strukturen im Bezirk sind, und deren Resilienz stärken.

Organisierter Rechtsextremismus hat in den letzten Jahren auch in Reinickendorf zugenommen. Die diffuse Mischung aus antisemitischen Verschwörungserzählungen, antimoderner Esoterik und Rassismus, die während der Corona-Zeit viele Menschen auch in Reinickendorf gemeinsame Sache mit Rechtsextremen machen ließ, ist weiterhin präsent in vielen Köpfen im Bezirk. Die Linke wird sich dafür einsetzen, mit Aufklärung und Bildungsangeboten Reinickendorfer*innen gegen die Wirkweise solcher Gruppen zu stärken, aber nimmt die Gefahr auch sehr ernst, die von diesem Spektrum am rechten Rand des politischen Diskurses ausgeht. Wir unterstützen antifaschistische Jugendarbeit und Selbstorganisation.

Die Linke wird niemals mit rechtsextremen Parteien zusammenarbeiten. Anders als die CDU wird Die Linke keinem*r Politiker*in dieser Parteien die Wahl ins Bezirksamt ermöglichen.

Erfolgreich hat sich Die Linke Reinickendorf gemeinsam mit dem Bezirksamt, den demokratischen BVV-Fraktionen und Akteur*innen der Zivilgesellschaft

dafür eingesetzt, dass auf dem Gelände der Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik schrittweise ein würdiger Gedenkort für die NS-Euthanasieopfer entsteht. Besonders hervorzuheben sind der Freundeskreis Gedenkort Alter Anstaltsfriedhof, die AG Stolpersteine und der VVN-BdA Reinickendorf (Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten). Auch die Einrichtung einer Stele am Gedenkort Wiesengrund oder die Ausstellung „totgeschwiegen“ in der Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik begrüßen wir und haben wir unterstützt. Die Linke hat sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass in Gedenken an den 1989 von einem Neonazi ermordeten Ufuk Şahin ein Gedenkort nahe dem S-Bahnhof Wittenau errichtet wurde. Ebenfalls auf Initiative der Partei Die Linke hat die BVV beschlossen, eine Gedenktafel für die 1994 von Neonazis ermordete Beate Fischer in der Emmentaler Straße einzurichten. Die Linke wird sich für Projekte einsetzen, die etwa im Landesarchiv Eichborndamm die Geschichte Reinickendorfs 1918–1945 erforschen, und die Ergebnisse dieser Recherchen der Reinickendorfer Öffentlichkeit zugänglich machen. Wir setzen uns dafür ein, dass neue Straßen, wie sie etwa im Schumacher Quartier entstehen, nach Frauen und antifaschistischen Persönlichkeiten aus Reinickendorf benannt werden, und haben dafür konkrete Vorschläge erarbeitet.

F. Kita und Schule

1. Kitas – gut ausgestattet und wohnortnah

Reinickendorfs Familien sollen für ihre Kinder wohnortnah einen guten Kitaplatz finden – auch in neuen Wohnquartieren. In Bereichen wie der Cité Foch oder dem Schumacher Quartier (TXL) müssen Kitas vor dem Einzug der ersten Familien bereitstehen. Aktuell zeigt sich, was passiert, wenn soziale Infrastruktur nicht mitgedacht und finanziert wird: In der Cité Foch verzögert sich der weitere Bau Hunderter Wohnungen, weil der Senat die Finanzierung des Baus einer regulären Schule kurzfristig gestrichen hat. Das darf nicht passieren. Wir wollen soziale Infrastruktur von Anfang an mitdenken und auskömmlich finanzieren.

Zugleich brauchen wir ausreichend pädagogisches Personal für gute Betreuung. Reinickendorf leidet wie ganz Berlin unter einem Fachkräftemangel in Kitas. Erzieher*innen stemmen zu große Gruppen, wodurch die Betreuungsqualität leidet. Dem treten wir entschlossen entgegen. Der

Erzieher*innenberuf braucht endlich die Anerkennung und Bezahlung, die er verdient!

Berlin hat die Kitagebühren bereits 2018 für alle Familien abgeschafft – ein wichtiger sozialer Erfolg. Diesen werden wir verteidigen. Kein Elternteil soll aus finanziellen oder bürokratischen Gründen auf einen Kitaplatz verzichten müssen.

Unsere Ziele für gute Kitas:

- Kitaausbau vorantreiben: In neuen Wohngebieten (z. B. Cité Foch, Schumacher Quartier TXL) sollen frühzeitig genügend Kitas entstehen. Wir setzen uns dafür ein, dass bei jedem Neubauprojekt vor Bezug der Wohnungen Kitaplätze und bei Bedarf temporäre Lösungen bereitstehen. So verhindern wir Engpässe und lange Wartelisten. Bestehende Kitas im Bezirk wollen wir bei Bedarf erweitern und zügig sanieren.

- Bessere Betreuungsschlüssel und mehr Personal: Wir kämpfen für kleinere Gruppengrößen – insbesondere für die Kleinsten unter drei Jahren. Ein*e Erzieher*in soll künftig weniger Kinder betreuen müssen, damit jedes Kind genug Aufmerksamkeit bekommt. Dafür werben wir um mehr Fachkräfte: durch bezirkliche Fachkräfteinitiativen, Kooperation mit Fachschulen und bessere Arbeitsbedingungen.

- Gebührenfreiheit sichern, Zugang erleichtern: Eltern sollen sich darauf verlassen können, dass Kitabetreuung kostenfrei bleibt. Wir werden jeder Diskussion über neue Gebühren entgegentreten. Stattdessen vereinfachen wir den Zugang: Die Kita-Gutschein-Beantragung muss unbürokratischer und digitaler werden. Wir setzen uns für gut erreichbare Beratung im Jugendamt ein, damit alle Familien ihr Recht auf einen Kitaplatz einfach nutzen können. Wohnortnähe und Geschwisterkinder wollen wir als Kriterien bei der Platzvergabe stärker berücksichtigen, um lange Fahrwege für kleine Kinder zu vermeiden.

2. Starke Schulen

Bildungschancen für alle: Unsere Schulen sollen jedes Kind stark machen – unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Dafür braucht es modern ausgestattete

Schulgebäude, genügend Plätze und motiviertes Personal. Reinickendorf steht in den kommenden Jahren vor großen Aufgaben: Viele Schulen sind sanierungsbedürftig, gleichzeitig wächst zumindest bis auf Weiteres die Zahl der Schüler*innen. Wir brauchen zügige Schulneubauten und Erweiterungen. Die seit 15 Jahren geplante und von der BVV einstimmig beschlossene Grundschule in Reinickendorf-Ost, wo nachweislich Schulplätze fehlen, muss endlich errichtet werden – hierfür muss der Senat seine Blockade bei der Finanzierung aufgeben.

Der geplante Neubau eines Förderzentrums mit dem Schwerpunkt geistige Entwicklung am Waidmannsluster Damm muss bis 2029 wie geplant realisiert werden.

Gleichzeitig stärken wir die bestehenden Schulen. Wir unterstützen die Gemeinschaftsschule Campus Hannah Höch im Märkischen Viertel und setzen uns dafür ein, dass sie eine Oberstufe erhält – sodass Schüler*innen dort vom ersten Schuljahr bis zum Abitur gemeinsam lernen können, damit endlich auch in Reinickendorf eine voll entwickelte Gemeinschaftsschule zur Verfügung steht. Insgesamt wollen wir Gemeinschaftsschulen fördern, weil sie nachweislich den Zusammenhang von sozialer Herkunft und Schulerfolg aufbrechen.

Kein Kind soll die Schule ohne Abschluss verlassen! Dafür braucht es an herausfordernden Standorten zusätzliche Ressourcen. Wir brauchen mehr multiprofessionelle Teams – also Schulsozialarbeiter*innen, Psycholog*innen und Sonderpädagog*innen –, die Lehrkräfte unterstützen und Kindern in sozialen Problemlagen helfen. Reinickendorfer Schulen in schwierigem Umfeld müssen besonders von Bundes- und Landesprogrammen profitieren.

Nicht zuletzt steht für uns fest: Schule darf Eltern nichts kosten. Berlin hat bereits das Schulmittagessen für alle Grundschulkinder kostenlos gemacht und den Hort für die Klassen eins bis drei gebührenfrei gestellt. Diese Entlastungen sind sozialpolitisch sinnvoll, wehalb wir sie unbedingt fortführen und auf Klassenstufe vier ausweiten wollen. Unser Anspruch: Bildung und Betreuung müssen für alle Kinder frei zugänglich sein. Eltern sollen Beruf und Familie vereinbaren können, weil ihre Kinder in der Schule gut und verlässlich aufgehoben und kostenlos mit warmem Essen versorgt sind.

3. Digital und gesund

Moderne und gesunde Lernumgebung: Die Schule von heute braucht sowohl digitale Ausstattung als auch ein gesundes Umfeld. Beides ist in Reinickendorf noch keine Selbstverständlichkeit. Viele Schulen hinken bei der Digitalisierung hinterher und zugleich zeigt die Klimakrise: Unsere Gebäude und Schulhöfe müssen dringend besser gegen Hitze und Unwetter gerüstet werden. Wir machen Druck, dass die versprochene technische Modernisierung endlich ankommt und für ein sicheres, gesundes Schulklima gesorgt wird.

Digitale Offensive: Wir setzen uns dafür ein, dass jede Schule im Bezirk flächendeckendes WLAN und moderne digitale Ausstattung erhält. Wichtig ist uns auch, was nach der Installation passiert: Technik muss dauerhaft funktionieren. Darum fordern wir regelmäßige IT-Wartungstage und professionelle Admin-Unterstützung für Schulen. Ein defekter Beamer oder abstürzendes Schulnetz darf nicht wochenlang den Unterricht stören – hier braucht es schnelle Hilfe vom Fachpersonal, nicht überlastete Lehrkräfte. Außerdem soll jede*r Schüler*in und jede Lehrkraft Zugang zu einem aktuellen, funktionierenden Endgerät haben. Wir setzen uns dafür ein, dass aus Landes- und Bundesmitteln genug Laptops/Tablets bedarfsorientiert kostenfrei bereitgestellt werden und kaputte Geräte unbürokratisch ersetzt werden. Kurz: Wir wollen Reinickendorfs Schulen auf den digitalen Stand des 21. Jahrhunderts bringen.

Klimaresiliente Schulen: Die Schulen sollen aber nicht nur digital, sondern auch *baulich* fit für die Zukunft sein. Hitzewellen und Unwetter nehmen zu – darauf reagieren wir mit konkreten Maßnahmen. Wir wollen Schulhöfe und Gebäude entsiegeln und begrünen, um Hitze zu reduzieren und Wasser versickern zu lassen. Dass dies funktioniert, zeigt das Beispiel des Campus Hannah Höch: Dort wurden Außenflächen so umgestaltet, dass Regenwasser vollständig auf dem Grundstück versickert und Bäume sowie Grünflächen für Kühlung sorgen. Solche Projekte wollen wir bezirksweit anstoßen. In Reinickendorf sollen alle Schulhöfe Schritt für Schritt grüner werden: Weg mit übermäßigem Asphalt, her mit mehr Bäumen, Beeten und Schattenplätzen! Gegen sommerliche Überhitzung fordern wir außerdem bauliche Hitzeschutzmaßnahmen an jeder Schule – etwa Sonnensegel oder Jalousien an Fenstern, ausreichende Lüftungsmöglichkeiten und wenn nötig mobile Klimageräte für die heißesten Tage.

4. Sicherer Schulweg und Gesundheit

Ein gesundes Schulumfeld hört nicht am Schultor auf. Wir wollen, dass Kinder sicher und selbstständig zur Schule kommen können. Darum machen wir uns stark für Schulwegsicherheit. Konkret fordern wir vor jeder Schule und Kita Tempo-30-Zonen. Autofahrer*innen müssen vom Gas, wenn Kinder unterwegs sind. Zudem wollen wir mehr sogenannte Schulstraßen einrichten: Straßen vor Schulen, die zu Schulbeginn und -ende für den Autoverkehr gesperrt werden. Wo immer es die Lage der Schule zulässt, setzen wir uns für solche Lösungen ein – sie reduzieren gefährliche Bring- und Abholverkehre und erhöhen die Sicherheit erheblich.

Ergänzend setzen wir uns für verkehrsberuhigte Bereiche im Umfeld von Schulen ein, etwa durch Einbahnstraßenregelungen und einfache bauliche Maßnahmen wie Straßenmöbel, um riskante Wendemanöver und Durchgangsverkehr zu verhindern. Auch mehr Zebrastreifen, Schülerlots*innen und sichere Radwege auf Schulwegen gehören dazu.

Wir wollen sicherstellen, dass alle Reinickendorfer Grundschulen ausreichend Schwimmzeiten in Hallenbädern erhalten, damit *jede* dritte Klasse Schwimmunterricht bekommt. Für Kinder, die am Ende der dritten Klasse noch nicht schwimmen können, fordern wir zusätzliche Kurse – etwa kostenlose Schwimmkurse in den Ferien. Kein Kind soll aus Kostengründen oder wegen fehlender Angebote nicht schwimmen lernen!

G. Wirtschaft und Arbeit

1. Öffentlicher Dienst – Vorbild für Gute Arbeit

Ein starker öffentlicher Dienst im Bezirk ist die Grundlage für gutes Arbeiten und Leben in Reinickendorf. Wir sorgen dafür, dass das Bezirksamt als Arbeitgeber mit gutem Beispiel vorangeht:

- Keine prekäre Beschäftigung: Dank einer Initiative der Partei Die Linke gibt es im Berliner Landesdienst keine sachgrundlosen Befristungen mehr. Wir werden strikt darauf achten, dass im Bezirksamt Reinickendorf weiterhin niemand ohne Sachgrund befristet eingestellt wird. Jede*r Beschäftigte soll Planungssicherheit haben.
- Gerechte Bezahlung und Personalentwicklung: Wir kämpfen dafür, dass endlich vergleichbare Kriterien für die Stellenbewertung in den

Bezirken eingeführt werden. Angesichts des Fachkräftemangels – etwa in den bauenden Ämtern (Facility Management und Straßen- und Grünflächenamt) – muss das Land dringend eine höhere Eingruppierung vornehmen, damit die Bezirke geeignetes Personal rekrutieren können.

- Moderner, digitaler Service: Das Bezirksamt muss personell und technisch so ausgestattet sein, dass Bürger*innen schnell und digital unterstützt werden können. Wir drängen auf eine zügige Digitalisierung der Verwaltung und Bürgerdienste. Attraktive Fortbildungsangebote, moderne Arbeitsplätze und familienfreundliche Bedingungen sollen die Arbeit im öffentlichen Dienst Reinickendorfs attraktiver machen.

- Der Einsatz von KI in der Verwaltung bietet Chancen, aber Die Linke besteht darauf, dass das auf EU-Ebene festgeschriebene Letztentscheidungsrecht durch reale Personen konsequent eingehalten wird und bürgernahe Dienstleistungen durch reale, sozial und interkulturell kompetente Personen erbracht werden.

- Für Bürger*innen, die nicht technikaffin sind, müssen weiterhin analoge Alternativen angeboten werden.

- Chancengleichheit und Vielfalt: Wir fördern konsequent Gleichstellung und Diversität im Bezirksamt. Menschen mit Migrationsgeschichte sollen im öffentlichen Dienst die gleichen Chancen auf Ausbildung, Einstellung und Aufstieg haben. Die Vielfalt Reinickendorfs muss sich in Verwaltung und Führung widerspiegeln.

- Beauftragte*r für Gute Arbeit: Wir setzen uns für eine*n „Beauftragte*n für Gute Arbeit und Ausbildung“ im Bezirksamt ein. Wir stehen für gute Löhne, Tarifbindung und sichere Arbeitsverhältnisse – in öffentlichen wie privaten Betrieben. Prekäre Jobs und Auslagerungen dürfen in Reinickendorf keinen Platz haben.

  Öffentliche Aufträge nur an faire Unternehmen: Der Bezirk soll nur noch Verträge mit Unternehmen schließen, die ihre Beschäftigten nach Tarif bezahlen und Mitbestimmung gewährleisten. Das Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetz gibt hier bereits den Rahmen vor – es wurde reformiert und sieht einen Vergabe-Mindestlohn von derzeit 13 Euro vor, der regelmäßig steigt. Wir gehen aber noch weiter:

Steuergeld gibt es nur für Gute Arbeit. Firmen, die Tarifverträge unterlaufen oder Leiharbeit missbrauchen, bekommen in Reinickendorf keinen Auftrag. Die Einhaltung der Tariftreue wollen wir konsequent kontrollieren.

2. Lokale Wirtschaft stärken – lebendige Kieze erhalten

Kleine und mittlere Betriebe sind das Rückgrat Reinickendorfs. Einzelhandel, Kleingewerbe, Handwerk und Gastronomie schaffen Arbeitsplätze und sorgen für lebendige Kieze. Wir wollen unsere lokale Wirtschaft daher gezielt fördern:

- Mehr Unterstützung für den Mittelstand: Viele lokale Unternehmer*innen fühlen sich von der Bezirkspolitik alleingelassen. Das ändern wir. Wir werden die bezirkliche Wirtschaftsförderung personell und finanziell stärken, damit es mehr Beratung, Vernetzung und unbürokratische Hilfe gibt – z. B. bei Fragen zu Fördermitteln, Digitalisierung oder Nachfolgeregelungen.
- Schutz vor Verdrängung: Steigende Gewerbemieten bedrohen kleine Läden und Traditionsbetriebe. Der rot-rot-grüne Senat hatte 2019 bereits im Bundesrat eine Gewerbemietpreisbremse angeregt – hier bleiben wir dran. Wir setzen uns auf Landes- und Bundesebene für einen Gewerbemietendeckel ein, der Mietwucher bei Läden und Werkstätten in angespannten Lagen begrenzt.
- Aktive Standortpolitik: Reinickendorf soll seine Spielräume besser nutzen, um Wirtschaft anzusiedeln. Dazu soll der Gewerbeflächenpotenzialplan weiterentwickelt werden.
- Innenstädte von morgen gestalten: Wir begleiten die laufenden und geplanten Umbaumaßnahmen an zentralen Geschäftsstandorten im Bezirk eng im Sinne der ansässigen Gewerbetreibenden:
    - Residenzstraße (Franz-Neumann-Platz): Die wichtigste Einkaufsstraße Reinickendorf-Osts soll endlich attraktiver werden. Der geplante umfassende Umbau der Residenzstraße wurde mehrfach verschoben. Wir drängen auf zügige Umsetzung der bereits erarbeiteten Konzepte, die mehr Verkehrssicherheit, Barrierefreiheit und Aufenthaltsqualität bringen sollen. Während der Bauphase werden wir uns für

Unterstützungsmaßnahmen für die ansässigen Geschäfte einsetzen (etwa durch Marketingkampagnen oder finanzielle Hilfen bei Umsatzeinbußen), damit kein weiterer Laden aufgeben muss. Die vom Bezirksamt geplante Verlegung des ehemaligen Trafohäuschens am Schäfersee halten wir aufgrund der Kosten von über einer Million Euro nicht für wirtschaftlich und bestehen darauf, dass der Einsatz öffentlicher Mittel einem öffentlichen Zweck zugutekommen soll, z. B. durch die Errichtung einer Außenstelle der VHS oder durch Förderung der Bibliothek am Schäfersee.

- Märkisches Zentrum: Das Zentrum im Märkischen Viertel liegt seit Jahren teilweise brach. Nach langen Verzögerungen hat der Investor 2025 endlich einen neuen Bauantrag gestellt – mit weniger Einkaufsfläche, aber rund 739 neuen Wohnungen und einem neu gestalteten Stadtplatz mit Brunnen und gastronomischem Angebot. Wir begrüßen diese Neuausrichtung hin zu einem gemischt genutzten Quartier. Jetzt kommt es darauf an, dass die Bedürfnisse der Anwohner*innen Gehör finden.

- Tegel Quartier: Die Gorkistraße hat nach dem jahrelangen Umbau an Attraktivität verloren. Sie lädt nicht zum Verweilen ein. Wir fordern eine Entsiegelung der Flächen und Maßnahmen gegen Überhitzung im Sommer. Wir brauchen Platz für einen Kinderspielplatz, Fahrradbügel und einen Radweg in der Mitte der Straße. Der Betreiber der Markthalle hat durch die hohen Gewerbemieten keine Möglichkeit, diese zu entwickeln, große Flächen sind ungenutzt und wir bewundern den Mut der wenigen Marktstände, die noch durchhalten.

- C&A-Gebäude als soziokulturelles Zentrum in Tegel: Ein Abriss des Gebäudes kommt schon aus ökologischer Sicht nicht infrage. Die Nähe zur Humboldt Bibliothek sollte genutzt werden, um hier für Tegel endlich einen kulturellen Treffpunkt zu entwickeln. Die Linke setzt sich an diesem Standort dafür ein, dass dort auch Arbeitsräume für Kunstschaffende entstehen. Weitere Standorte hierfür im Bezirk sollen geprüft werden.

Wir setzen uns für ein Bezirksamt ein, das als Arbeitgeber ein Vorbild ist. Die Arbeit in der Bezirksverwaltung sollte durch Fortbildungsangebote und gute Bezahlung attraktiver, die Räumlichkeiten sollten entsprechend den Anforderungen an gute Arbeitsbedingungen erweitert werden. Der von der Partei Die Linke vor Jahren herbeigeführte BVV-Beschluss, wonach alle Beschäftigten des Bezirksamts regelmäßig unter anderem zu ihrer Arbeitszufriedenheit befragt werden müssen, muss endlich konsequent umgesetzt werden.

H. Stadtentwicklung und Wohnen

1. Mieten und Neubau

In Berlin herrscht seit Jahren Wohnungsnot, die Mieten steigen von Jahr zu Jahr. Obwohl die Einwohner*innenzahl steigt und nur in den Pandemiejahren leicht rückläufig war, werden von Jahr zu Jahr weniger neue Wohnungen fertiggestellt. Unter Rot-Rot-Grün wurden 2017 bis 2019 jährlich ca. 20.000 Wohnungen genehmigt. Insbesondere in den letzten Jahren ist die Anzahl aber deutlich geringer gewesen. 2024 wurden gerade einmal 8.500 Wohnungen im Neubau genehmigt! Die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften stellten 2024 nur 3.461 Wohnungen fertig, fast 1.000 weniger als 2023. Nur 906 davon waren Sozialwohnungen, obwohl mit dem Land Berlin eigentlich eine Quote von 50 Prozent Sozialwohnungen für den Neubau vereinbart war. Die Koalition aus SPD und CDU findet keine Mittel, die Zahl der Neubauten anzukurbeln. Es fehlen sowohl bezahlbare Wohnungen als auch Sozialwohnungsbestände.

Mangelnder Neubau und hoher Zuzug sind aber nicht der einzige Grund für den massiven Anstieg der Mieten. Die Berliner Bevölkerung ist von 2015 bis 2023 um ca. 8 Prozent gewachsen, die Mieten sind im vergleichbaren Zeitraum aber im Median um satte 85 Prozent in die Höhe geschossen. In Städten wie Mannheim, Stuttgart und Nürnberg steigen die Mieten trotz eines nur durchschnittlichen Bevölkerungsanstiegs, während in Städten wie Leipzig und Münster der Zuwachs groß war, die Mietsteigerungen aber moderat blieben.

Das zeigt, dass der massive Mietpreisanstieg vor allem auf Spekulation mit Berliner „Betongold“ zurückzuführen ist. Aus unserer Sicht hilft gegen diese Entwicklung kurzfristig nur ein Mietpreisdeckel, wie Rot-Rot-Grün ihn 2020 eingeführt hatte. Da das Bundesverfassungsgericht aber entschieden hat, dass nur der Bundestag ein solches Gesetz einführen darf, setzt sich Die Linke

entschlossen für einen bundesweiten Mietendeckel ein! Außerdem unterstützen wir die Forderung der Berliner Initiative „Deutsche Wohnen und Co enteignen“, Wohnungskonzerne mit mehr als 3.000 Wohnungen zu vergesellschaften. Trotz des erfolgreichen Volksentscheids, bei dem 59,1 Prozent der Berliner*innen für die Enteignung stimmten, ist die SPD-CDU-Regierung bisher untätig geblieben. 2025 hat sie – nach mehr als zwei Jahren Stillstand – mit dem sogenannten Vergesellschaftungsrahmengesetz ein Gesetz beschlossen, mit dem die Vergesellschaftung durch die Einführung zusätzlicher Kriterien in Wahrheit erschwert wird. Wir werden uns dafür einsetzen, dass der Wille der klaren Mehrheit der Berliner*innen endlich umgesetzt wird!

Reinickendorf war lange Schlusslicht beim Wohnungsbau im Bezirksvergleich. Im ersten Halbjahr 2025 wurden nur 175 Genehmigungen erteilt. Dabei gäbe es laut Senat viel mehr Potenzial: ca. 1.700 Wohneinheiten könnten kurzfristig gebaut werden, fast 16.000 insgesamt. Für Die Linke ist Bauen im bezahlbaren Segment ein Baustein, um die Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum zu sichern, weshalb wir eine Wohnungsbauoffensive durch die öffentlichen Wohnungsbauunternehmen gefordert haben. Weitere Bausteine sind eine gemeinwohlorientierte Bodenpolitik, die Aufstockung und die Rekommunalisierung von Wohnungsbeständen. Außerdem bieten wir für Berlin Apps an, mit denen die Mieter*innen selbst überprüfen können, ob sie eine Wuchermiete zahlen oder ihre Heizkosten korrekt abgerechnet wurden. Wir kämpfen für gutes Wohnen und Leben in Reinickendorf – mit den Menschen und bezahlbar.

2. Kooperative Baulandentwicklung

Mit dem Modell der kooperativen Baulandentwicklung wird unter anderem sichergestellt, dass bei Neubaumaßnahmen Sozialwohnungen entstehen. Dass der Senat und die hierfür zuständige grüne Stadträtin das öffentliche Unternehmen, die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA), hiervon befreit haben, sodass bei dem Bauprojekt in der Cité Foch keine einzige Sozialwohnung entsteht, ist ein Skandal. Mit der Linken wird es keine Befreiungen geben.

3. Mehr Milieuschutzgebiete

Milieuschutzgebiete sind ein Mittel, mit dem der Verdrängung der angestammten Wohnbevölkerung entgegengetreten werden kann. Vor allem Luxussanierungen können damit verhindert werden. Wir wollen alle vorhandenen Möglichkeiten zum Schutz von Mieter*innen durch soziale Erhaltungssatzungen und deren konsequente Durchsetzung nutzen.

In Reinickendorf wurde auf Druck der Partei Die Linke – nach Jahren der Blockade – das Milieuschutzgebiet in Reinickendorf-Ost (Lettekiez) sowie das Milieuschutzgebiet in Reinickendorf-West (Scharnweberstraße/Klixstraße im Bereich der ehemaligen Einflugschneise) beschlossen. Die Linke hat in dieser Wahlperiode einen Beschluss herbeigeführt, wonach das bestehende Milieuschutzgebiet in Reinickendorf-Ost um den Hausotterplatz, das Breitkopfbecken, die Weiße Stadt, den Schäfersee und alle Gebiete rund um die Residenzstraße erweitert werden soll. Denn Milieuschutzgebiete müssen großzügig bemessen werden, um zusätzlichen Druck auf angrenzende, ebenfalls von Verdrängung bedrohte Gebiete zu vermeiden. Gleichzeitig hat die BVV auf unseren Antrag beschlossen, dass mietpreissteigernde Zeitwohn-Modelle in allen Milieuschutzgebieten im Bezirk grundsätzlich nicht genehmigungsfähig sind.

In der Legislatur 2016–2021 beauftragte das Bezirksamt viel zu spät ein Grob-Screening zur Frage, ob Milieuschutzgebiete eingerichtet werden können. Die Untersuchung kam zu dem Schluss, dass die Verdrängung in Tegel bereits abgeschlossen sei – für ein Milieuschutzgebiet bestehe somit kein Raum. Die Linke kritisiert das Verfahren als zu träge und zu bürokratisch: Ein Eingriff wird erst dann möglich, wenn die Verdrängung bereits im Gange ist. Wir werden uns dafür einsetzen, das Verfahren zu vereinfachen und zu beschleunigen, damit die Verdrängung bei Abschluss nicht bereits erfolgt ist. In der aktuellen Wahlperiode hat Die Linke ein neues Grob-Screening für den Bezirk beantragt. Dass sich die hierfür zuständige Stadträtin der Grünen in den Haushaltsberatungen nicht dafür eingesetzt hat, eine auch aus ihrer Sicht notwendige zusätzliche Personalstelle für Milieuschutz einzurichten, halten wir für eine falsche Prioritätensetzung.

4. Zweckentfremdungsverbot

Mit dem Zweckentfremdungsverbot gibt es ein gutes Instrument, um den ungenehmigten Betrieb von Ferienwohnungen und spekulativen Leerstand zu

unterbinden, damit diese Wohnungen nicht dem Wohnungsmarkt entzogen werden. Das Bezirksamt muss seine Anstrengungen hier in der nächsten Legislaturperiode deutlich verstärken, denn seit der Verschärfung des Gesetzes zur Zweckentfremdung von Wohnraum im Jahr 2018 hat das Bezirksamt lediglich sieben Bußgeldverfahren durchgeführt, während es beispielsweise in Friedrichshain-Kreuzberg über 700 gewesen sind. Und das, obwohl längst auch in Reinickendorf viele Bürger*innen seit Jahren mit Wohnungsknappheit und stark steigenden Mieten konfrontiert sind.

5. Urban Tech Republic

Nach der Schließung des Flughafens Tegel im Mai 2021 entsteht auf dem Areal eines der größten Bauprojekte Europas! Das Schumacher Quartier entsteht hier mit 5.000 Wohnungen – ökologisch in moderner Holzbauweise. Die Linke lehnt die Nutzung des Geländes als Forschungs- und Produktionsstandort durch Rüstungsunternehmen, auch für Dual-Use-Güter, ab.

- Das Quartier Cité Pasteur will die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) modernisieren und mit Neubauten nach Süden erweitern.
- Die Cité Guynemer im Norden soll nach der Schließung der Hubschrauber-Flugbereitschaft ebenfalls erweitert werden; insgesamt sollen 4.000 weitere Wohnungen entstehen.
- Die Urban Tech Republic (UTR) wird der Forschungs- und Industriepark für neue urbane Technologien; zentrale Mieterin wird die Berliner Hochschule für Technik (BHT).
- Das von der Partei Die Linke geforderte Naturschutzgebiet am Flughafensee und in der Tegeler Stadtheide wird sich auf dem Areal befinden. Dass sich das Megaprojekt aufgrund der Sparpolitik des schwarz-roten Senats verzögert, lehnen wir entschieden ab. Die Einzäunung der zukünftigen Tegeler Stadtheide soll so bald wie möglich entfernt werden, um den Anwohnenden einen direkteren Weg zwischen Tegel-Süd und den Mäckeritzwiesen zu ermöglichen.

Den Grundsatz des ökologischen, ressourcenschonenden Bauens unterstützen wir bei allen Bauprojekten. Zusätzlich setzen wir uns bei Bauprojekten grundsätzlich für eine breite Information und Beteiligung der Bevölkerung ein.

Die Linke unterstützt das Projekt diverser Naturschutzverbände für ein Naturschutzgebiet am Flughafensee und in der Tegeler Stadtheide und hat erfolgreich einen entsprechenden BVV-Beschluss herbeigeführt. Denn für die Erhaltung der biologischen Vielfalt Berlins und für die Lebensqualität in der wachsenden Metropole ist die Zuweisung von Naturschutzgebieten zwingend notwendig. Gerade wenn sehr viele Menschen nun nach Tegel-Süd ziehen, sind Erhalt und schonende Nutzung der Natur unumgänglich. Die Naherholungsgebiete Volkspark Jungfernheide und Rehberge sowie Tegeler See und Tegeler Forst bieten in unmittelbarer Umgebung viele Freizeitmöglichkeiten, sodass hier ein besonderer Schutz keine Einschränkung bedeutet.

I. Natur und Umwelt

Berlin und das die Stadt umgebende Brandenburg sind eine der trockensten Regionen Deutschlands. Diese Situation wird sich noch weiter verschärfen. Wetterextreme werden die Stadt in Zukunft häufiger treffen. Ende Juni 2025 hat ein Unwetter verheerende Schäden am Baumbestand in Reinickendorf angerichtet.

Aus eigenem Interesse also, aber auch aus Verantwortung gegenüber den Regionen der Welt, wo die Auswirkungen der Klimakatastrophe bereits existenziell sind, ist Klimaschutz eine vorrangige Aufgabe, die in fast alle Bereiche kommunalpolitischer Gestaltung hineinreicht. Aus Sicht der Partei Die Linke müssen Klimaschutzmaßnahmen sozialverträglich gestaltet werden. Die Menschen, die am meisten von der Klimakatastrophe betroffen sind, sind die wirtschaftlich Schwachen.

Alle Maßnahmen sind darauf zu prüfen, welche Belastung sie für das Klima bedeuten und ob klimaschützende Maßnahmen – etwa zur Emissionsreduktion – integriert werden können. Zugleich muss geprüft werden, wie die Resilienz unserer Umgebung, Landwirtschaft und Bauten gegenüber den Auswirkungen des Klimawandels (Starkwind, Überschwemmungen, Trockenheit) gestärkt werden kann. Die entsprechende Leitstelle für Klimaschutz im Bezirksamt ist mit ausreichend Personal- und Sachmitteln auszustatten. Beim Klimacheck von Bezirksamtsbeschlüssen sind von der Leitstelle klimafreundlichere Alternativen aufzuzeigen.

Eine weitere Aufgabe für die Leitstelle ist das Monitoring von Förderprogrammen im Bereich Klimaschutz und deren Einwerbung zusammen mit den durchführenden Abteilungen der Bezirksverwaltung.

Klimaschutz erfordert umfassende städteplanerische Konzepte, die Fragen der Energieversorgung, der Wohnungswirtschaft, der Verkehrs- und Grünflächenplanung sowie sozioökonomische Gesichtspunkte berücksichtigen.

Die Linke fordert, bei allen größeren baulichen Maßnahmen, auch wenn deren Umsetzung bereits begonnen hat, ein Konzept für die integrierte energetische Quartiersentwicklung zu erarbeiten und umzusetzen. Integrierte energetische Quartierskonzepte sind eine Möglichkeit, diesen Weg zu gehen. Sie sind nicht auf Neubaumaßnahmen beschränkt, sondern können auch für bestehende Kieze eine integrierte Planung enthalten, um diese zu sanieren und energieeffizienter zu gestalten. Dabei können Kraft-Wärme-Kopplungssysteme, Blockheizkraftwerke, strombasierte Wärmepumpen auf Quartiersebene und Fernwärmesysteme als Schlüsseltechnologien der Zukunft umgesetzt werden. Während andere Bezirke in Berlin bereits mehrere solcher Konzepte umsetzen, ist Reinickendorf bislang untätig geblieben.

Die Linke fordert, dass regelmäßig die Liste der Dachflächen von Schulen, Rathäusern, Turnhallen und weiteren öffentlichen Liegenschaften aktualisiert wird, auf denen PV-Anlagen installiert werden können.

Klimaschutz und Naturschutz gehören zusammen. Deshalb müssen in Reinickendorf natürliche Kohlenstoffsenken wie Wälder, Bäume in Parkanlagen und an Straßen und gesunde Böden erhalten und vergrößert werden.

Resilienz aufbauen heißt auf der Ebene des Bezirks Reinickendorf unter anderem: Grünflächen so gestalten und bepflanzen, dass sie widerstandsfähiger gegen die neuen Klimabedingungen wie größere Hitze und stärkere Winde sind.

Resilienz aufbauen heißt zudem, ein sozialverträgliches Konzept für den Hitzeschutz im Bezirk zu entwickeln. Dies beinhaltet eine Ausweitung aufsuchender Sozialarbeit in Hitzephasen sowie das Bereitstellen von Kühlzonen in öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen und insbesondere in den S- und U-Bahnhöfen.

1. Klimagerechtigkeitsrat und Klimaschutzvorbehalt

Der auch von der Partei Die Linke unterstützte Klimaschutzvorbehalt für Entscheidungen auf Bezirksebene hat wegen mangelnder Ressourcen noch nicht zu einer Wende geführt. Wir fordern eine Stärkung dieses Instruments. Darüber hinaus hatte Die Linke die Einrichtung eines Klimagerechtigkeitsrates vorgeschlagen. Dieser Rat sollte sich aus Sachverständigen der Zivilgesellschaft (beispielsweise Fridays for Future), spezialisierten Organisationen und der Wissenschaft zusammensetzen und das Bezirksamt verbindlich beraten. Wir fordern weiterhin, dass ein solcher Rat eingeführt wird.

2. Starkregenfälle

Die Problematik der Bodenversiegelung wird häufig diskutiert. Gleichzeitig wurde beispielsweise im Auftrag des Bezirksamtes Reinickendorf der Borsigplatz in Heiligensee ohne zusätzliche Begrünung geplant und weiter versiegelt, wodurch sich die thermische Belastung deutlich erhöhte.

Die Folgen der Versiegelung sind gravierend. Der Regen kann nicht versickern, sondern fließt oberflächlich ab und überlastet das Abwassersystem, was sich auch negativ auf die Trinkwasserversorgung auswirkt. Die höher gelegenen Gebiete vertrocknen, während die tiefer gelegenen überschwemmt werden.

Versiegelte Böden verdunsten weniger Wasser und es gibt keine Pflanzen, die dies übernehmen. Das Mikroklima erhitzt sich auch für den Menschen. Wir fordern, die Bodenversiegelung so weit wie möglich zu reduzieren.

3. Entwässerungsgräben

Wir fordern eine Instandsetzung der Ent- und Bewässerungsanlagen auf Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse. Das Gefälle muss durchgehend störungsfrei gehalten und nach Stürmen umgehend freigeräumt werden. Darüber hinaus braucht es einen Havelflut- und Rückstauschutz für die Gräben. Giftige Abwässer von der Autobahn dürfen nicht durch bewohnte Ortschaften und Trinkwassergewinnungsgebiete geleitet werden, sondern sind dezentral zu reinigen und zu versickern. Das toxische Straßenwasser muss durch dezentrale Regenwasserbehandlungsanlagen gesäubert werden, bevor es in örtliche Gewässer eingeleitet wird.

4. Sturmschäden

Im Zeitraum von 2002 bis 2025 verzeichnete Reinickendorf drei Starkwindereignisse, die als Jahrhundertstürme klassifiziert wurden: Die Intervalle zwischen diesen Ereignissen verkürzten sich auf 15 und acht Jahre, während die Intensität der Zerstörung zunahm. Es ist zu erwarten, dass sich dieser Trend im Kontext des Klimawandels fortsetzen wird. Darüber hinaus gab es zahlreiche weitere schwere Sturmereignisse, wie beispielsweise die Sturmserie im Winter 2022.

Die Bewältigung der entstandenen Schäden stellt eine zunehmend komplexe Herausforderung dar, die mit konventionellen Methoden nicht mehr adäquat gelöst werden kann. Besonders problematisch ist die bestehende Bürokratie, die es dem Bezirk untersagt, mehr als sechs Dienstleister gleichzeitig zu beauftragen, es sei denn, diese Dienstleister erklären ausdrücklich, dass sie die Schäden nicht mehr eigenständig bewältigen können. Wir werden uns dafür einsetzen, dass angesichts der zunehmenden Starkwindereignisse Wege gefunden werden, um solche Ereignisse künftig besser und schneller bewältigen zu können.

5. Prävention

Verschiedene Windereignisse haben unterschiedliche Auswirkungen auf Bäume. Die Sturmböe Ziros führte hauptsächlich zum Umsturz vorgeschädigter Bäume aller Art, während Bastian überwiegend Bäume mit dem höchsten Windwiderstand, sowohl gesunde als auch geschädigte, beschädigte. Bäume mit lichter Krone und komplett tote Bäume waren weniger betroffen. Baumruinen hingegen sind eher anfällig für lang anhaltende Stürme über mehrere Stunden, bei denen sie dann von einer der zahlreichen Böen fatal getroffen werden.

Bei allen Arten von Stürmen wären sowohl die Arbeitsbelastung als auch der Kollateralschaden in vielen Fällen vermeidbar gewesen, hätten das Bezirksamt bzw. die zuständigen Stellen vorgeschädigte Bäume im Vorfeld beseitigt. Diesbezüglich hat Die Linke wiederholt auf die Notwendigkeit hingewiesen und wird dies auch weiterhin tun.

6. Straßen- und Grünanlagenbäume

Eine Vielzahl von Baumarten wird den Klimawandel in unseren Breitengraden nicht überleben. Um die von ihnen abhängigen Tierarten weiterhin zu erhalten, kann man die Anpflanzung solcher Baumarten in abgelegenen, für sie besonders geeigneten Gebieten fortsetzen. Es ist jedoch nicht sinnvoll, Baumarten anzupflanzen, die sich erstens nicht als Straßenbäume eignen und die zweitens an Standorten gepflanzt werden, an denen diese Baumarten zuvor eingegangen sind, wie beispielsweise die Sandbirke. Diese stellt ein potenzielles Verkehrsrisiko dar, sollte sie eine beträchtliche Größe erreichen.

Wir setzen uns für eine klimaangepasste und ökologisch verantwortungsvolle Stadtbegrünung ein. Dazu gehört die gezielte Anpflanzung geeigneter, klimaresilienter Baumarten sowie die Bevorzugung heimischer und ökologisch unbedenklicher Arten, um Lebensräume zu sichern und die Anpassung von Ökosystemen an den Klimawandel zu unterstützen.

7. Sachgemäße Baumpflege

Das Bezirksamt beauftragt zunehmend Dienstleister mit unqualifiziertem Personal, was zu erheblichen Baumverlusten führt. Insbesondere die Kappung von Starkästen verkürzt die Lebensdauer vieler Bäume und schwächt ihre wichtige Funktion für das Stadtklima. Dieses Problem ist in vielen Ortsteilen Reinickendorfs sichtbar.
Wir setzen uns deshalb für eine konsequent fachgerechte Baumpflege ein: mit qualifiziertem Personal, klaren Qualitätsstandards und einer Abkehr von schädlichen Schnittpraktiken. Unser Ziel ist der langfristige Erhalt gesunder Straßenbäume als zentraler Bestandteil von Klimaschutz, Lebensqualität und Stadtbild.

8. Invasive Arten

Invasive Arten können in der Regel nur zu Beginn ihrer Ausbreitung erfolgreich bekämpft werden. Sobald sie sich etabliert haben, ist eine Bewirtschaftung in ausgewählten Bereichen von Naturschutzgebieten oftmals die einzige Möglichkeit. Bezirk und Senat unterlassen diese Maßnahmen oder führen sie nicht sachgerecht durch, was die Ausbreitung verschlimmert.

Anträge der Partei Die Linke, die Ausbreitung neu auftretender, bekannter invasiver Arten mit noch zählbaren Exemplaren in Reinickendorf, wie

beispielsweise des Sommerflieders, zu stoppen, wurden von der Bezirksverordnetenversammlung abgelehnt. Wir werden uns in der BVV dafür einsetzen, dass invasive Arten im Bezirk frühzeitiger und stärker bekämpft werden.

9. Aus- und Fortbildung des Personals

Die Anforderungen an das Personal im Bezirksamt, insbesondere im Straßen- und Grünflächenamt (SGA), sind in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Um fundierte Entscheidungen treffen und die Arbeit externer Dienstleister fachlich bewerten zu können, braucht es gute Arbeitsbedingungen, ausreichend Zeit sowie kontinuierliche Aus- und Fortbildung. Statt diese Voraussetzungen zu stärken, hat der schwarz-rote Sparsenat zentrale Maßnahmen zum Wissenstransfer geschwächt – etwa durch unzureichende Einarbeitungszeiten beim Personalwechsel. Dadurch geht wertvolles Erfahrungswissen verloren, während die fachlichen Anforderungen weiter wachsen.

Diese strukturellen Defizite zeigen sich auch darin, dass fachliche Anfragen nicht immer zufriedenstellend beantwortet werden können – nicht aus mangelndem Engagement der Beschäftigten, sondern weil ihnen die notwendigen Ressourcen und Fortbildungsangebote fehlen. Gleichzeitig entwickelt sich das Wissen – insbesondere im Kontext des Klimawandels – rasant weiter. Dazu zählen neue Erkenntnisse zu geeigneten Straßenbaumarten, zu Schädlingen und ihren Auswirkungen sowie zu Arten, die sich künftig in Reinickendorf ausbreiten könnten.

Wir setzen uns deshalb für einen klaren Kurswechsel ein: bessere Arbeitsbedingungen, verlässlicher Wissenstransfer, ausreichende Einarbeitungszeiten und regelmäßige, verpflichtende Fortbildungen. Nur so können die Beschäftigten ihre wichtige Arbeit fachlich fundiert leisten und Reinickendorfs Stadtgrün nachhaltig schützen.

10. Müllentsorgung

Die Linke fordert eine umfassende Abstimmung zwischen dem Bezirksamt und den Berliner Stadtreinigungsbetrieben (BSR) hinsichtlich der erheblichen Mängel bei der Bewältigung von wilden Müllablagerungen und der Maßnahmen, die zur Behebung dieser Probleme ergriffen werden sollen.

Des Weiteren fordert Die Linke die Ertüchtigung aller Recyclinghöfe zur Annahme von Gefahrstoffen, um zu verhindern, dass diese in der Natur entsorgt werden. Es ist inakzeptabel, dass Bürger*innen aus Heiligensee für die Entsorgung einer leeren Flasche Grillanzünder nach Spandau fahren müssen.

Die Linke fordert, dass auch im Norden des Bezirks Haus- und Glasmüll wohnortnah und einfach abgegeben werden kann. Hierfür wollen wir prüfen, ob ein zusätzlicher Recyclinghof eingerichtet werden kann oder mobile Angebote durch die BSR geschaffen werden können. Ebenso setzt sich Die Linke für eine vollständige Ausschöpfung des Angebots der BSR für kostenlose Sperrmülltage ein. Da das Bezirksamt lediglich einen Teil dieser Tage organisiert, bleiben Ortsteile wie Reinickendorf von Sperrmüllstraßen betroffen, während in anderen Ortsteilen wie Heiligensee keine Sperrmülltage stattfinden, was zu erheblichen Problemen führt.

11. Kleingartenanlagen

Kleingartenanlagen erfüllen einen wichtigen Beitrag vor allem für jene Mitbürger*innen ohne eigenen Garten. Die Linke setzt sich für einen dauerhaften Schutz der Kleingartenanlagen ein, die einen wichtigen Beitrag zur Stadtökologie leisten.

J. Queer- und Frauenpolitik

Die Linke steht für ein gleichberechtigtes Miteinander aller – unabhängig von Alter, Religion, Herkunft, Behinderungen, Kultur, Geschlecht und geschlechtlicher Identität oder sexueller Orientierung. Gleichstellung ist Voraussetzung für Demokratie, soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Stabilität. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der alle Menschen unabhängig von Geschlecht, Herkunft oder Lebenssituation die gleichen Chancen auf Selbstbestimmung, Sicherheit und Teilhabe haben.

Wir fordern:

1. **Institutionelle Gleichstellungs- und Antidiskriminierungspolitik für Geschlechtergerechtigkeit**

Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsstellen sollen durch die Verfügung über ausreichende finanzielle und personelle Mittel und klare Kompetenzen gestärkt werden.

2. **Gewaltprävention und Gewaltschutz auf der Straße, in Parks, in der Schule und zu Hause**

LSBTIQ*-Personen und Frauen sind oft Opfer von Gewalt, nur weil sie Frauen oder LGBTI*A-Menschen sind. Es fehlen Maßnahmen zur Gewaltprävention, Krisenangebote und psychologische Unterstützung queerer Menschen und Frauen, Schutzräume und Häuser zum Schutz gegen Gewalt. Obdachlose Frauen sind oft schutzlos Gewalt auf der Straße ausgeliefert, hier fehlen Schutzräume. Dies betrifft insbesondere auch Frauen ohne europäischen Pass und drogenabhängige Frauen. Hier braucht es Hilfsangebote und 50 zusätzliche Schutzplätze, die auf sexualisierte Gewalt spezialisiert sind. Wir fordern, dass Frauen und LGBTI*A-Personen, die Opfer von Gewalt geworden sind, eine psychologische Traumabehandlung zusteht. Dies gilt im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt insbesondere auch für ihre Kinder, die diese miterlebt haben.

Wir brauchen gendergerechte Bildungsangebote mit Lehrplänen, die Rollenbilder reflektieren und Vielfalt fördern. Es bedarf einer Gleichstellungspädagogik mit Fortbildungsangeboten für Lehrkräfte, um Stereotype abzubauen und Mobbing zu verhindern. Wir wollen eine inklusive Schule für alle. Deshalb setzen wir uns für die Erarbeitung von Richtlinien für den Schutz von trans, inter und nichtbinären Schüler*innen aller Reinickendorfer Schulen ein. Auch in den verschiedenen Behörden wie Bürgerämtern, Jugendämtern oder dem Jobcenter besteht der Bedarf an Fortbildungen zu den Themen Gleichstellung, häusliche Gewalt und Queersensibilität.

Wir fordern mehr Sensibilisierungskampagnen gegen häusliche Gewalt, denn es handelt sich dabei um keine private oder rein familiäre Angelegenheit, sondern um Straftaten mit häufig irreparablen psychischen und physischen Konsequenzen. Die Mithilfe und breite Sensibilisierung von Familienangehörigen und Nachbarschaft ist hier notwendig.

Wir fordern, dass das Bezirksamt bei jedem Fall von Frauenmord in Reinickendorf eine offizielle Erklärung abgibt, in der es diesen als Femizid benennt und verurteilt. Hierdurch soll die lokale Berichterstattung zu den Straftaten wesentlich erleichtert werden. Die Reproduktion der in diesem Kontext typischen rassistischen Stereotype lehnen wir ab. Wenig beleuchtete Parks und Straßen sollen durch bessere Ausleuchtung sicherer gemacht werden. Die Linke setzt sich dafür ein, dass beim Bezirksamt eine niedrigschwellige Möglichkeit zur Meldung solcher Parks und Straßen geschaffen wird, damit hier schnell Abhilfe geschaffen werden kann.

3. Gesundheitsangebote

Abschaffung von § 218 StGB: Schwangerschaftsabbrüche sollen entkriminalisiert und Teil der medizinischen Grundversorgung werden.

Reinickendorf braucht ein Zentrum für sexuelle Gesundheit und Familienplanung mit Beratung, Aufklärung und niedrigschwelligem Zugang. Mit Angeboten für Menschen ohne Krankenversicherung, Hebammenberatung, Verhütungsberatung, die Behandlung von sexuell übertragbaren Infektionen und HIV, mit Beratungsangeboten für ungewollte Schwangerschaften und Angeboten für die Kostenübernahme für Verhütungsmittel unabhängig vom Einkommen für alle Menschen mit Bedarf. Zudem fordern wir Angebote in verschiedenen Sprachen sowie zusätzliche Möglichkeiten der Sprachvermittlung, insbesondere für geflüchtete LSBTIQ* und Frauen. Wir werden uns dafür gegenüber dem Senat einsetzen.

Menstruationsartikel sollten in allen Schulen, Jugendzentren, Sozialzentren und öffentlichen Einrichtungen kostenlos verteilt werden. Menstruationsarmut ist eine Realität: Es gibt Familien, die sich die monatlichen Ausgaben für Menstruationsartikel nicht leisten können, was zu mangelnder Hygiene und sogar zu Schulversäumnissen führt.

Frauen – insbesondere schwangere und ältere Frauen – müssen häufig auf die Toilette. Es müssen kostenlose öffentliche Toiletten eingerichtet werden.

Sport trägt auch zur Gesundheit bei. Viele Frauen und junge Mädchen gehen lieber ins Schwimmbad, wenn keine Männer da sind, um unangenehme Situationen zu vermeiden. Aus religiösen Gründen dürfen manche Frauen nur ins Schwimmbad gehen, wenn keine Männer anwesend sind. Öffentliche Schwimmbäder sollen dazu angehalten werden, Zeitslots für das

ausschließliche Schwimmen von Frauen, FLINTA* und/oder LSBTIQ*anzubieten.

4. Lohnarbeit und Care-Arbeit

Queere Menschen haben oft größere Schwierigkeiten, eine Arbeitsstelle zu finden. Zudem haben Frauen oft weniger Zeit zu arbeiten, weil sie die Care-Arbeit in der Familie leisten. Wir fordern faire Arbeitsbedingungen, geförderte Arbeitsstellenangebote für queere Menschen, das Schließen der Lohnlücke und verpflichtende Lohntransparenz in Unternehmen. Zudem setzen wir uns in der Bezirksversammlung dafür ein, auf eine bundesweit gerechtere Gestaltung der Elternzeit und die Aufwertung von Care-Berufen (z. B. durch höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen) hinzuwirken.

5. Queere Menschen und Frauen in Einrichtungen für Geflüchtete

Queere Menschen und Frauen, die in Flüchtlingszentren leben, sind besonders gefährdet. Es gibt zu wenig Schutzräume, Hilfsmaßnahmen, geschultes Personal und Gewaltschutzkonzepte. Wir setzen uns für ein regelmäßiges Monitoring von Gewalt gegen LSBTIQ*-Personen und Frauen in Reinickendorfer Einrichtungen für Geflüchtete ein, um die zum Schutz von LGBTI*A-Menschen, Frauen und Kindern notwendigen Maßnahmen ergreifen zu können.

6. Soziale Einrichtungen und Projekte sowie Wohnraum für Frauen

Wir fordern eine Sicherstellung der Finanzierung von Projekten für Frauen, Alleinerziehende und queere Menschen. Wir fordern eine Ausweitung flexibler Kinderbetreuungsprojekte und des Stadtteilmutterprojekts des Landes. Wir fordern eine Erweiterung von Beratungsmöglichkeiten und Sprachkursen mit Kinderbetreuung für LSBTIQ* und Frauen in Reinickendorf.

In Berlin herrscht Wohnungsmangel und gerade die am stärksten benachteiligten Menschen leiden unter besonders akuten Wohnungsproblemen. Insbesondere alleinerziehende Mütter, Frauen, die häusliche Gewalt erlebt haben und z. B. das Frauenhaus bereits verlassen mussten, und geflüchtete Frauen sind stark von diesem Problem betroffen. Wir

fordern daher die bessere Zugänglichkeit zu Sozialwohnungen, die mit geringem Einkommen oder Sozialhilfe finanziert werden können.

Wir setzen uns für das Hissen der Progressiven Regenbogenfahne zum Berliner Pride-Monat am Rathaus Reinickendorf ein.

Wir setzen uns für die Verstetigung der in der Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt“ (IGSV) verankerten Maßnahmen ein.

Genderbudgeting und Gendermainstreaming im Bezirksamt sollen konsequenter umgesetzt und mehr Fort- und Weiterbildung für Mitarbeitende angeboten werden.

K. Mobilität

Die Verkehrspolitik in Reinickendorf ist im neuen Jahrtausend noch nicht ausreichend entwickelt. Die Auswirkungen des Klimawandels auf unsere Gesundheit, unseren Wohlstand und unsere Zukunft sind allgegenwärtig. Der Mobilitätswandel in einer Großstadt wie Berlin stellt einen zentralen Baustein dar, um dem Klimawandel lokal zu begegnen.

Klimawandel, gesundheitliche und andere Aspekte veranlassen zunehmend Bürger*innen, den öffentlichen Nahverkehr zu nutzen, Fahrrad zu fahren und auch längere Strecken zu Fuß zurückzulegen. Diese Entwicklung wird auch von Politiker*innen in den Medien zunehmend befürwortet. Die Realität in Berlin zeigt jedoch ein anderes Bild: Es werden nur wenige neue Fußgängerüberwege (Querungshilfen), insbesondere solche mit Ampeln, errichtet. Auch die Anzahl neuer oder instand gesetzter Radspuren/-wege ist gering. Darüber hinaus ist die Anzahl der fahrenden Busse, Trams und U-Bahnen aufgrund der Unterfinanzierung der BVG rückläufig. Dies sind nur einige Beispiele für die bestehenden Herausforderungen.

Im Bezirk Reinickendorf ist eine Verkehrswende noch nicht realisiert. Das Bezirksamt sowie CDU und AfD in der Bezirksverordnetenversammlung priorisieren die Interessen des motorisierten Individualverkehrs (MIV) einseitig – insbesondere bei Fragen der Verkehrsberuhigung und der Entwicklung von Radverkehrsanlagen.

Die Linke vertritt eine unideologische Verkehrspolitik, die einen gerechten Interessenausgleich zwischen allen Verkehrsteilnehmer*innen anstrebt: ÖPNV, Radfahrende, Fußgänger*innen und MIV. Eine solide rechtliche Grundlage hierfür hat die rot-rot-grüne Landesregierung mit dem Mobilitätsgesetz und dem Fußverkehrsteil geschaffen.

Doch im Autoland Deutschland wurde die Infrastruktur über Jahrzehnte einseitig zugunsten des MIV entwickelt. Es ist eine Paradoxie der Reinickendorfer CDU-Verkehrspolitik, dass Radfahrende und Fußgänger*innen, die maßgeblich zum Klimaschutz beitragen, auf unseren Straßen einem erhöhten Risiko ausgesetzt sind. Diese Situation ist nicht tragbar. Wir fordern die konsequente Förderung umweltfreundlichen Verhaltens und der Verkehrssicherheit für Radfahrende und Fußgänger*innen durch eine gerechte Aufteilung des Straßenraumes, insbesondere auf Hauptstraßen. Unser Ziel ist die Verbesserung der Lebensqualität aller Reinickendorfer*innen durch die Reduzierung von Lärm, Abgasen, Feinstaub und Verkehrsunfällen.

Die Linke versteht unter einer zukunftsorientierten Verkehrspolitik die Förderung des Fuß- und Radverkehrs sowie des öffentlichen Nahverkehrs. Kraftfahrzeuge benötigen zwar Platz, jedoch führt eine Reduzierung des Verkehrsaufkommens zu einer Steigerung der Lebensqualität, beispielsweise durch mehr Ruhe, insbesondere nachts, sowie durch mehr Raum zum Verweilen und zur Entfaltung des Kiezlebens. Aus diesem Grund setzt sich Die Linke für die Einrichtung von Kiezblocks und die Verkehrsberuhigung in Wohngebieten ein. Neben der Installation von Pollern haben sich gegenläufige Einbahnstraßen, Fahrspurversätze, Aufpflasterungen und andere bauliche Maßnahmen in zahlreichen Städten – nicht nur in Deutschland – als effektive Instrumente zur Verkehrsminderung in Wohngebieten bewährt.

1. Fußverkehr

Der Fußverkehr wird von den zurzeit regierenden Mehrheiten in Bund, Stadt und Bezirk zu wenig beachtet, teilweise sogar behindert.

Die Linke will dafür sorgen, dass die am stärksten gefährdeten Verkehrsteilnehmenden – Mobilitätseingeschränkte und zu Fuß Gehende, vor allem Kinder, Senior*innen – vorrangig beachtet werden, schon bei den Planungen für Neu- oder Umbauten von öffentlichen Gehwegen. Dazu gehören unter anderem:

- mehr Querungshilfen (Gehwegvorstreckungen, Mittelinseln und markierte Fußgängerüberwege),
- längere und tages-/geschäftszeitabhängige Grünphasen ohne Stopp auf dem Mittelstreifen, z. B. am Kurt-Schumacher-Platz,
- bessere Beleuchtung der Gehwege („Bürgersteige“), z. B. mit separaten Leuchten.

2. E-Scooter

Im Gegensatz zu dicht besiedelten Städten wie Paris sind E-Scooter in Berlin fester Bestandteil der modernen Mobilität. Sie geraten jedoch häufig in die Kritik, da sie oft widerrechtlich auf Gehwegen genutzt und mit aggressiver Fahrweise gefahren werden. Auch die unsachgemäße Abstellung der E-Scooter stellt ein Problem dar. Ein Verbot ist hier nicht zielführend, da die Nutzer*innen für das Fehlverhalten verantwortlich sind. Vielmehr sollten die Betreiber verpflichtet werden, engere Softwarevorgaben zu implementieren.

Die Linke setzt sich insbesondere für das Abstellen und Abmelden der E-Scooter ausschließlich in von der öffentlichen Verwaltung ausgewiesenen Bereichen unter Verwendung einer hohen Standortauflösung ein. Diese Präzision könnte auch dazu beitragen, das längere und zu schnelle Fahren auf Gehwegen zu unterbinden.

3. Senior*innenmobile und Rollstühle mit Elektroantrieb

Ohne Senior*innenmobile und Rollstühle mit Elektroantrieb wären zahlreiche Personen mit eingeschränkter Mobilität, insbesondere für Besorgungen, Arzt- und Behördengänge, auf die Unterstützung von Hilfskräften angewiesen. Gemäß der Straßenverkehrsordnung (StVO) ist es Nutzer*innen dieser Fahrzeuge jedoch untersagt, Gehwege und somit Fußgängerzonen zu befahren, wenn die Geschwindigkeit sechs Kilometer pro Stunde übersteigt. Es ist anzunehmen, dass dieser Sachverhalt vielen Nutzer*innen nicht bekannt ist. Die Linke wird daher vorschlagen, dass dieser wichtige Hinweis beim Kauf oder der Anmietung dieser Fahrzeuge, beispielsweise in Senior*innenwohnanlagen, deutlich und schriftlich vermittelt wird. Dadurch sollen Konflikte mit Fußgänger*innen minimiert werden.

4. Fahrräder

Radfahren ist in Reinickendorf gefährlich. Reinickendorf hat anders als die anderen Bezirke Berlins während der gesamten Corona-Zeit keinen einzigen Pop-up-Radweg angelegt und die frühzeitigen, mit dem ADFC abgestimmten Vorschläge von Bündnis 90/Die Grünen und Linksfraktion wurden mit den Stimmen aller anderen Fraktionen abgelehnt. Pop-up-Radwege haben sich in anderen Bezirken bewährt und müssen auch in Reinickendorf als ein Instrument der Verkehrspolitik anerkannt werden. Nach wie vor gibt es viele breite Straßen im Bezirk ohne Radverkehrsanlagen. An unzähligen Stellen sind Radwege unterbrochen, zu schmal, kaputt, mit Wurzeln durchzogen oder mit höher liegenden Begrenzungssteinen versehen. Beim Wechsel auf die Fahrbahn kommt es zu Gefährdungen. Die Festlegung des Bezirksamtes und der CDU in der BVV, den Radverkehr nach Möglichkeit immer auf Nebenstraßen zu verbannen, lehnen wir strikt ab. Radfahrende haben ebenso wie alle anderen Verkehrsteilnehmer*innen das Recht, auf kurzem Weg sicher von A nach B zu gelangen und nicht über Umwege gelotst zu werden.

Radverkehrswege abseits der Straßen müssen so gestaltet bzw. repariert werden, dass sie schnelles Fahren zulassen. So ist z. B. der für radfahrende Pendler*innen aus Waidmannslust, dem Märkischen Viertel und Lübars attraktive Weg entlang der S1 zwischen Nordgraben und Kopenhagener Straße weitgehend zu eng und querlaufende Wurzeln verhindern schnelles Fahren.

Bis 2016 gab es in der BVV einen bezirklichen FahrRat, der sich mit den Forderungen der Radfahrenden befasste und ihre Interessen bei Infrastrukturplanungen vertrat. Die Linke fordert, unverzüglich wie in allen anderen Bezirken einen FahrRat einzusetzen, der das Bezirksamt in allen Fragen des Radverkehrs berät.

Die Linke fordert die konsequente Verbesserung der Verkehrssicherheit für Radfahrende und Fußgänger*innen. Diese macht oftmals eine gerechte Neuaufteilung des Straßenraumes erforderlich. Wo möglich, soll vermieden werden, dass dadurch Parkplätze verloren gehen, allerdings ist dies im Zweifelsfall keineswegs ein Hinderungsgrund. Die parkenden Autos einer Minderheit nehmen regelmäßig denjenigen den Platz, die ihn tatsächlich benötigen: Fußgänger*innen und Radfahrende, für die der Bezirk eine Verkehrssicherungspflicht hat, Handwerker*innen, Lieferdienste, Paketzusteller*innen und Krankentransporter. Immer wieder schränken die

parkenden Fahrzeuge auf lebensgefährliche Weise das Sichtfeld von Schulkindern ein, die die Straßen überqueren müssen.

Der öffentliche Straßenraum in der Metropole Berlin ist zu kostbar, um ihn im heutigen Umfang für privates Parken zu reservieren. Wir erwarten, dass der Bezirk zukünftig auch dort seiner Verkehrssicherungspflicht nachkommt, wo es, wie beispielsweise auf dem Waidmannsluster Damm, aufgrund des engen Straßenraumes keine einfache Lösung gibt und die Schaffung adäquater Radverkehrsanlagen zu Einschränkungen für Autofahrer*innen durch den Wegfall von Parkplätzen führt. Gemeinsam mit der Bürger*inneninitiative Waidmannsluster Damm sagen wir, Verkehrssicherheit für alle ist wichtiger als ein paar Parkplätze.

Wir fordern, dass der Bezirk das Projekt „Zweirad“ im Märkischen Viertel tatkräftig unterstützt und in Kooperation mit den Schulen vor Ort im gesamten Bezirk ein entsprechendes Angebot unterbreitet, um Schüler*innen zu befähigen, sich mit dem Fahrrad verkehrssicher im Straßenraum zu bewegen.

Die Priorität beim Ausbau des Reinickendorfer Radverkehrsnetzes muss auf der innerbezirklichen Ebene liegen – kurze Wege unter fünf Kilometern bringen Menschen am ehesten dazu, statt des Autos das Fahrrad zu nehmen. Zusätzlich sind Radschnellwege durch den Senat und Fahrradstraßen durch den Bezirk voranzutreiben. Radschnellwege gehören auf Hauptverkehrsstraßen, keinesfalls auf Grünflächen. Nur so bieten sie Berufspendler*innen eine echte Alternative zum Auto.

Die Planungen der Infravelo für die beiden durch Reinickendorf führenden Radschnellverbindungen begrüßen wir im Grundsatz. Allerdings hätten wir uns gewünscht, dass eine davon bis zum Kurt-Schumacher-Platz führt. Im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens ist noch eine Reihe von Fragen zu klären – von den geplanten Baumfällungen bis zur Verkehrssicherheit an der Bushaltestelle Alt-Tegel.

Konkret konzentrieren wir uns darauf, dass innerhalb der nächsten Legislaturperiode mindestens eine durchgängig und sicher zu befahrende Nord-Süd-Radroute von Tegel bis zum „Kutschi“ (und von dort in die Innenstadt) entsteht. Zudem soll auch eine Ost-West-Radroute über den Waidmannsluster Damm und den Zabel-Krüger-Damm bis nach Lübars entstehen, in Übereinstimmung mit den entsprechenden Forderungen der Bürger*inneninitiativen Waidmannsluster Damm und Zabel-Krüger-Damm.

5. Trams

Die Linke will heute die Weichen stellen für einen zügigen Ausbau des Tramnetzes, vorrangig zum Anschluss von Neubaugebieten und dem Märkischen Viertel (Verlängerung der M1 von Rosenthal und der Strecke von der Turmstraße über den Kurt-Schumacher-Platz zur Anbindung des neuen Stadtquartiers auf dem Flughafengelände) und zur Verknüpfung bestehender Schienenverkehrsnetze.

6. Busse

Die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) bauen ihre E-Bus-Flotte kontinuierlich aus. Dennoch werden Dieselbusse noch über einen längeren Zeitraum im Berliner Stadtverkehr eingesetzt werden müssen. Die Linke wird sich dafür einsetzen, dass der Übergang von Diesel- zu Elektrobussen nicht im Verhältnis eins zu eins erfolgt, sondern die Beschaffung neuer Busse die Stilllegung alter Busse übersteigt. Dies würde zu einem schrittweisen Anstieg des Fahrzeugbestands führen, sodass die „zusätzlichen“ Busse insbesondere den Betrieb in den Außenbezirken, einschließlich Reinickendorf, stabilisieren können. Zusätzlich werden so Taktverdichtungen möglich.

7. U-Bahnen

Die Berliner U-Bahnen befördern nach eigenen Angaben jährlich über 550 Millionen Fahrgäste und tragen damit eine wesentliche Verkehrslast. Damit dies so bleibt oder besser noch etwas mehr wird, ist Die Linke für die weitere Beschaffung neuer Züge und für eine durchgreifende Modernisierung der Infrastruktur.

Für Mobilitätseingeschränkte sind U-Bahnen oft nur durch Mehraufwand – oder bei defektem Aufzug gar nicht – erreichbar. Deshalb fordert Die Linke je Bahnsteig mindestens zwei Aufzüge.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass an stark frequentierten Bahnhöfen in Reinickendorf (z. B. am S- und U-Bahnhof Wittenau) sogenannte BVG-Mobi-Hubs (Mobilitätsstationen im nichtprivaten Verkehr, via Jelbi-App) eingerichtet werden, wo Leihfahrrad-, E-Scooter- und Carsharing-Angebote an einem Ort versammelt werden.

8. S-Bahnen

2024 beförderte die S-Bahn 456 Millionen Menschen. Sie ist somit ein Rückgrat des Berliner Nahverkehrs.

Seit Langem fordert Die Linke einen stabilen Zehn-Minuten-Takt auf allen Linien und hat hierzu vor Jahren einen BVV-Beschluss herbeigeführt; dies betrifft für Reinickendorf insbesondere den zweigleisigen Ausbau der S25 nach Hennigsdorf.

9. Regional- und Fernbahnen

Im Bezirk Reinickendorf existiert derzeit keine Anbindung an den Regional- oder Fernverkehr. Die geplante Verlängerung des Prignitz-Expresses (RE6) über Tegel nach Gesundbrunnen im Rahmen der Generalsanierung der S25 in den 2030er-Jahren wurde aufgrund der damit verbundenen hohen Kosten und der technischen Komplexität verworfen. Obwohl die Nordbahn (neben der S1) weiterhin planmäßig gewidmet ist, würde ein Wiederaufbau der Strecke zwischen Schönholz und Hohen Neuendorf ebenfalls erhebliche Investitionen erfordern. Infolgedessen verbleibt Reinickendorf ohne einen eigenen Regionalbahnhof. Der Bahnhof Wilhelmsruh der Heidekrautbahn weist nur eine geringe Bedeutung für den Bezirk Reinickendorf auf. In jüngster Zeit hat die Deutsche Bahn AG jedoch den Wiederaufbau der Nordbahn wiederholt in den Fokus gerückt, da eine Überlastung der bestehenden parallelen Strecken zu erwarten ist. Die Linke wird diesen Wiederaufbau ebenfalls unterstützen.

10. Autoverkehr

Für diejenigen, die auf ein Auto angewiesen sind, muss der Umstieg auf Elektromobilität durch finanzielle Zuschüsse auf Bundesebene und ein dichtes Netz von Ladesäulen in Berlin und im Bezirk erleichtert werden. Auch Carsharing-Angebote außerhalb des S-Bahn-Rings müssen stärker durch den Senat gefördert werden.

Anders als das Bezirksamt sowie die CDU und AfD in der BVV setzen wir uns für eine maximale Geschwindigkeit von 30 Stundenkilometern auch auf Hauptstraßen ein, wenn dies aufgrund der konkreten Gegebenheiten vor Ort sinnvoll und möglich ist. Tempo 30 sorgt nachgewiesenermaßen für mehr

Sicherheit von Fußgänger*innen und Radfahrer*innen, verringert in der Regel den Schadstoffausstoß, vermindert den Lärm und erhöht die Aufenthaltsqualität. Auch wenn es in dieser Legislaturperiode keine BVV-Mehrheit dafür gab, werden wir uns beispielsweise weiterhin in Übereinstimmung mit der lokalen Bürger*inneninitiative für eine Tempo-30-Anordnung für den Falkentaler Steig einsetzen.

Das Bezirksamt und die CDU wollen eine neue Ost-West-Verbindung für den MIV schaffen: von der Blankenfelder Chaussee über die bestehende Straße westlich der Kolonie Talheim zum Alten Bernauer Heerweg. Dieses Vorhaben lehnen wir ab – in Übereinstimmung mit der Bürger*inneninitiative Alter Bernauer Heerweg. Finanzmittel stehen hierfür nicht zur Verfügung und der Autoverkehr insgesamt sowie in Lübars würde zunehmen. Den auf Initiative der Linksfraktion und in Kooperation mit der Bürger*inneninitiative Lübars herbeigeführten BVV-Beschluss für eine echte Verkehrsberuhigung des Dorfkerns Lübars setzte das Bezirksamt ohne zwingenden Grund nicht um. Dennoch werden wir weiterhin dafür streiten, dass eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf Tempo 30 auf der Straße Alt-Lübars von Blankenfelder Chaussee bis Quickborner Straße umgesetzt wird.

L. Verwaltung

Demokratie lebt von Mitsprache und einer Verwaltung, die funktioniert. Wir wollen einen Bezirk, der Beteiligung ermöglicht, Entscheidungen nachvollziehbar macht und Services zuverlässig erbringt – digital wie vor Ort. Reinickendorf kann beides: mehr Beteiligung und besseren Service. Unser Kompass: Transparenz, Fairness, Barrierefreiheit und gute Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst.

In der letzten Legislatur wurde hier mit der Einrichtung des Ehrenamtsbüros schon vieles erreicht – dies gilt es nun zu verstetigen und auszubauen. Hier liegen noch viele Potenziale brach.

Die Linke fordert die Einführung eines Bürger*innenhaushalts, bei dem Bürger*innen in einem moderierten Verfahren über die Verwendung von Bezirksmitteln in den Kiezen mitbestimmen können. Ebenso halten wir Stadtteilkonferenzen für ein gutes Mittel, um Probleme und Bedarfe in die Bezirkspolitik zu tragen. Diese sollten regelmäßig in allen Ortsteilen stattfinden.

Für viele Bürger*innen ist das Bürgeramt einer der zentralen Kontaktstellen zur öffentlichen Verwaltung. Um Vertrauen hier zu stärken, bedarf es gut funktionierender Bürgerämter. Und hieran hapert es doch häufig. Wir fordern, dass die Bürgerämter mit ausreichend Personal und technischen Mitteln für eine gute Servicequalität ausgestattet werden. Prozesse sollen, wenn möglich, digitalisiert werden. Die mobilen Bürgerämter haben sich bewährt.

Die Arbeit der BVV ist für viele Reinickendorfer*innen unbekannt. Um sie bekannter zu machen, sollen neue Formate erprobt werden wie etwa „BVV im Kiez“. Analog zur Übertragung der BVV-Sitzungen soll ebenfalls erprobt werden, ob auch Ausschusssitzungen öffentlich verfügbar gemacht werden können.

Der Bezirk soll sich an der Open-Data-Strategie des Landes Berlin beteiligen und Datensätze standardisiert veröffentlichen: etwa Kennzahlen zu Bauvorhaben, Sozialem, Haushalt oder auch Drucksachen der BVV – alles geordnet in einem Portal.

Eine leistungsfähige Verwaltung lebt von den Menschen, die in ihr arbeiten. Der Bezirk Reinickendorf sollte sich Guter Arbeit verpflichtet fühlen, um Fachkräfte gewinnen zu können. Zur Gewinnung von Fachkräften gehören auch Zielvereinbarungen für vielfältige Teams (interkulturell und diskriminierungsfrei). Zu Guter Arbeit gehören auch ein moderner Arbeitsplatz und die Möglichkeit des Homeoffice, wo immer möglich.

Die Linke setzt sich dafür ein, dass ausgemusterte, aber noch funktionsfähige Hardware an bedürftige Menschen, Schulen oder Sozialeinrichtungen gespendet wird. Nicht funktionsfähige Geräte können als Ersatzteillager an Repair Cafés o. Ä. gespendet werden.

Die Linke setzt sich für eine Kennzeichnungspflicht für KI-generierte Inhalte ein, welche durch das Bezirksamt Reinickendorf und die BVV veröffentlicht werden, beispielsweise über Social-Media oder Webseiten. Die Nutzung von KI in der Verwaltung sollte für Bürger*innen transparent, nachvollziehbar und erkennbar sein.

Die Linke wird die Bemühungen des bezirklichen Katastrophenschutzbeauftragten aktiv unterstützen.

M. Sport für alle

Sport bringt Menschen unabhängig von Alter, Geschlecht, Herkunft oder Einkommen zusammen und ermöglicht gesellschaftliche Teilhabe. Er fördert Teamgeist, Fairness, Respekt und Integration. Die Linke Reinickendorf will den Sport in all seinen Facetten fördern – Leistungssport ebenso wie Breitensport. Breitensport und Teilhabe sind die Grundlage, auf der Spitzensport aufbaut. Breitensport hat wegen seiner sozialen und gesundheitlichen Wirkung eine besondere Bedeutung und verdient daher besondere Förderung.

Frauen und Menschen mit Migrationsgeschichte sind im Sportbereich nach wie vor deutlich unterrepräsentiert, besonders in Führungspositionen. Auch in Reinickendorf ist Sport immer noch zu sehr eine Domäne weißer Männer. Wir fordern deshalb konkrete Maßnahmen für eine Willkommenskultur in den Vereinen und eine gezielte Förderung von Frauen- und Mädchensport. Auch in neuen Sporthallen und auf Sportplätzen muss Frauen- und Mädchensport angemessen Raum erhalten. Unser Ziel ist ein Sportangebot, das alle einbindet: Wir wollen, dass inklusiver Sport von der Breite bis zur Spitze eine Heimat in Reinickendorf hat. Sport ist für uns auch ein Instrument gegen Diskriminierung. Veranstaltungen wie die Respect Gaymes oder der Refugees Welcome Cup stehen beispielhaft für ein Sportangebot für alle und bringen Menschen zusammen. Solche Initiativen und alle Aktivitäten gegen Rassismus, Homophobie und Ausgrenzung im Sport unterstützen wir nachdrücklich.

Auch E-Sport und Gaming sind für uns Teil der modernen Sportlandschaft. Sie werden heute teilweise wie Sport betrieben und können Jugendlichen einen niedrigschwelligen, barrierearmen Zugang zu Gemeinschaft und Wettkampf ermöglichen. Wir wollen hierfür geeignete Rahmenbedingungen schaffen und öffentliche Angebote fördern, die zugleich Kinder- und Jugendschutz mitdenken.

1. Breitensport als Basis stärken

Sport lebt im Bezirk durch die vielen Breitensportvereine. Die Reinickendorfer Sportvereine sind soziale Anlaufstellen in ihren Kiezen und bieten Gemeinschaft und Teilhabe. Die Linke Reinickendorf sieht sich als Partnerin der Vereine und dankt allen Ehrenamtlichen für ihr Engagement. Das Bezirksamt muss die Vereine stärker dabei unterstützen, Menschen für die ehrenamtliche Arbeit zu gewinnen, denn die Pandemie hat schmerzlich gezeigt, wie sehr Sportangebote und Vereinsleben fehlen, wenn sie wegfallen.

Breitensportangebote müssen für alle bezahlbar bleiben. Die Unterstützung des Sports ist immer auch eine soziale Frage: Niemand darf aus finanziellen Gründen vom Sport ausgeschlossen sein. Die Sportvereine garantieren schon heute bezahlbare Angebote, wodurch gesellschaftliche Teilhabe vieler Menschen erst möglich wird. Diese Strukturen gilt es zu erhalten und auszubauen. Wir setzen uns für faire und transparente Vergaberegeln bei der Nutzung von Sporthallen und -plätzen ein. Auch kleinere Vereine müssen zu vernünftigen Zeiten Trainingsmöglichkeiten erhalten und dürfen nicht benachteiligt werden. Gute Rahmenbedingungen sind ebenso wichtig: Wir fordern beispielsweise mehr Personalstellen für Platzwart*innen und zusätzliche Hausmeister*innen an den Sportanlagen, um diese besser instandhalten und betreuen zu können.

2. Sportinfrastruktur ausbauen und öffnen

Reinickendorf hat weiterhin zu wenig Sportflächen und Schwimmkapazitäten für den Schul-, Vereins- und Freizeitsport. Daher unterstützen wir die Berliner Schulbauoffensive und fordern, dass für alle Sportarten und -gruppen genügend Hallen und Plätze zur Verfügung stehen. Der Schwerpunkt muss dabei auf lange vernachlässigten, sozial benachteiligten Quartieren liegen. In vielen Schulen – etwa in Ortsteilen wie Tegel-Nord, Borsigwalde oder Reinickendorf-Ost – ist der Bedarf an Sporthallenteilen bis heute nicht gedeckt. Um den Bedarf kurz- und mittelfristig zu decken, müssen geplante Projekte zügig realisiert werden, z. B. der Neubau einer Dreifeldsporthalle mit Tribüne am Freiheitsweg in Reinickendorf-Ost. Auch in neuen Wohngebieten wie dem Schumacher Quartier in Tegel sind von Anfang an ausreichend Sportanlagen einzuplanen – öffentlich zugänglich und nicht nur für Schulen oder Vereine. Zudem sollte geprüft werden, ob perspektivisch der Bau einer dritten Schwimmhalle mit Außenbereich für Reinickendorf möglich ist. Jede neue oder sanierte Sportstätte soll höchsten Ansprüchen an Barrierefreiheit und Inklusion genügen. Unser Ziel ist mindestens eine vollständig inklusiv nutzbare Sportanlage im Bezirk – barrierefrei auffindbar, erreichbar, zugänglich und nutzbar. Die laufende Sportentwicklungsplanung für Reinickendorf begrüßen wir und werden ihre Umsetzung konstruktiv-kritisch begleiten – mit besonderem Fokus auf inklusiven Sportstätten und öffentlich zugänglichen Angeboten.

Viele ungedeckte Sportflächen – vor allem im Norden des Bezirks – sind bislang nicht öffentlich nutzbar, da sie auf Schulgeländen liegen. Das muss sich ändern:

Wo immer möglich, sollen Schulsportanlagen auch der Allgemeinheit offenstehen. Insbesondere die Öffnung der großen Sportanlage von Polizei und Feuerwehr an der Ruppiner Chaussee sollte geprüft werden, sobald die Feuerwehr- und Rettungsdienstakademie dort nicht mehr in Betrieb ist.

Sport und Bewegung sollen im Bezirk nicht nur in Hallen oder auf Plätzen möglich sein, sondern jederzeit und für jede*n. Deshalb wollen wir den öffentlichen Raum stärker für niedrigschwellige sportliche Aktivitäten nutzbar machen. Parks und Grünanlagen sollten mit mehr frei zugänglichen Sportgeräten und -anlagen ausgestattet werden – von Calisthenics-Parcours bis zu öffentlichen Tischtennisplatten. Auch die Einrichtung von Senior*innenspielplätzen mit speziellen Fitnessgeräten für Ältere werden wir in allen geeigneten Parks prüfen und bei Machbarkeit umsetzen. Wichtig ist uns dabei die Beteiligung der Betroffenen: Planung und Umsetzung solcher Anlagen sollen gemeinsam mit den jeweiligen Nutzer*innengruppen (z. B. der Senior*innenvertretung) und mit Fachplaner*innen erfolgen.

Schließlich setzen wir uns für den Erhalt und Ausbau bestehender Sportangebote ein.

Wir begrüßen, dass die Reinickendorfer Freibäder – Strandbad Tegel und Strandbad Lübars – für die Öffentlichkeit gesichert werden konnten. Den integrativen Ansatz des neuen Betreibers im Strandbad Tegel unterstützen wir und drängen auf eine gute Erreichbarkeit durch den ÖPNV und barrierefreie Haltestellen.

Wir fordern daher unter anderem:

- Gezielte Förderung von im Sport unterrepräsentierten Gruppen (Frauen und Mädchen, Menschen mit Migrationsgeschichte, Senior*innen sowie Menschen mit Behinderungen).
- Faire und transparente Vergabe von Hallen- und Platzzeiten, damit auch kleine Vereine ausreichend zum Zuge kommen.
- Neubau und Sanierung von Sportstätten nach inklusiven Standards (barrierefrei und für alle nutzbar).
- Zügige Realisierung geplanter Sportanlagen (z. B. Dreifeldhalle am Freiheitsweg) und Prüfung eines zusätzlichen Schwimmbads im Bezirk.
- Öffnung bislang geschlossener Sportanlagen für die Allgemeinheit (z. B. Sportplatz Ruppiner Chaussee).

- Ausbau kostenfreier Sportmöglichkeiten im öffentlichen Raum (Calisthenics-Anlagen, Senior*innenspielplätze u. a.).
- Aufstockung des Personals für Pflege und Betreuung der Sportanlagen (mehr Platzwart*innen und Hallenwart*innen).
- Anerkennung und Unterstützung von E-Sport als Teil der Sportförderung (mit Fokus auf Jugendarbeit und Prävention).

N. Kultur

Reinickendorf hat eine vielfältige Museums- (Museum Reinickendorf, Museum der Staatlichen Münze Berlin und Feuerwehrmuseum) und Archivlandschaft (Landesarchiv Berlin mit einer Außenstelle des Bundesarchivs, Berlin-Brandenburgisches Wirtschaftsarchiv und das Archiv im Museum Reinickendorf).
In den Museen und Archiven wird wichtige Arbeit für die Erforschung und Präsentation der Geschichte Reinickendorfs geleistet. Die Linke Reinickendorf verpflichtet sich, in der BVV alles zu tun, um diese wichtige Arbeit zu unterstützen. Eventuelle Kürzungen im Bereich des Museums Reinickendorf lehnen wir ab. Wir setzen uns zudem dafür ein, das lokale Initiativen zur Unterstützung der Archive und Museen im Bezirk Reinickendorf gefördert werden.

Der deutsche Kolonialismus stellt ein Verbrechen dar. Dieses Unrechtsregime hat in zahlreichen Regionen der Welt Gesellschaftsstrukturen, Religionen und Kulturen zerstört, von europäischen Interessen geprägte politische Grenzziehungen hervorgebracht und dabei auch Deutschland selbst und unsere Gesellschaft nachhaltig beeinflusst. Die Nachwirkungen sind bis in die Gegenwart hinein in Reinickendorf sichtbar, beispielsweise in Form von Straßennamen mit kolonialem Bezug: Die Walderseestraße nahe dem Franz-Neumann-Platz wurde vor 1897 benannt. Ihr Namensgeber Alfred Graf von Waldersee war Generalfeldmarschall und Antisemit. Als Kommandeur befahl er 1901 über 70 blutige „Strafexpeditionen“ in China, bei denen Tausende Zivilist*innen ihr Leben verloren – obwohl der „Boxerkrieg“ bereits beendet war. Der von der Partei Die Linke initiierte BVV-Beschluss zur Umbenennung der Walderseestraße, wie beispielsweise in Hannover, muss umgesetzt werden.

Bei Straßenbenennungen fordert Die Linke grundsätzlich eine Beteiligung der Anwohner*innenschaft und strebt bis zum Jahr 2031 eine ausschließlich weibliche Namensgebung an. Diese Maßnahme soll dem bestehenden Geschlechterungleichgewicht bei Straßennamen entgegenwirken. Derzeit sind von den 247 Straßen im Bezirk, die nach realen Personen benannt sind, lediglich 18 nach Frauen benannt. Erst wenn dieser Verzerrung zugunsten von Männern entgegengewirkt wurde, sollte perspektivisch folgender Mann berücksichtigt werden: Arthur Stadthagen – erklärter Kriegsgegner, Anwalt der Armen und SPD-Reichstagsabgeordneter für den Wahlkreis Niederbarnim, zu dem Reinickendorf damals gehörte.

Der Partei Die Linke ist es gelungen, in der gemeinsamen Arbeitsgruppe von BVV und Bezirksamt durchzusetzen, dass im zukünftigen Schumacher Quartier und in der Urban Tech Republic 29 Straßen, ein Platz und ein Park nach Frauen benannt werden. Vor Ort entsteht dort unter anderem ein Kiez, in dem mit Benennungen nach NS-Widerstandskämpferinnen diese gewürdigt werden. Diese Vorgehensweise sollte beibehalten werden.

Konkret setzen wir uns dafür ein, dass ab 2030 eine Straße im Bezirk nach der 2025 verstorbenen Ärztin Jenny De la Torre Castro, die mit ihrer Stiftung die kostenlose medizinische Betreuung von Obdachlosen ermöglichte, benannt wird. Es ist der Partei Die Linke gelungen, in der BVV durchzusetzen, dass eine Gedenktafel des Bezirksamtes anlässlich des Femizids an Beate Fischer durch Neonazis errichtet wird.

Niemand ist vergessen!